

380

**Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Kastrup****210-331.45-3368/73 VS-vertraulich****20. November 1973<sup>1</sup>**

Betr.: Einbeziehung von Berlin (West) in den internationalen Luftverkehr  
 hier: Nord/Süd-Verkehr

In der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 14. November 1973 informierte der französische Vertreter über Kontakte der dänischen Botschaft in Ostberlin zur Regierung der DDR wegen der Gewährung von Überflugrechten an die SAS für Landungen in Berlin (West).<sup>2</sup> Die Vertreter der DDR hätten erklärt, sie könnten den Dänen keine Überflugrechte gewähren, solange nicht eine grundsätzliche Übereinkunft zwischen dem Senat und der DDR über Fragen der Zivilluftfahrt erzielt worden sei. Die Vertreter der DDR hätten darauf hingewiesen, daß täglich Flugzeuge der USA, Großbritannien und Frankreich den Luftraum der DDR verletzten.

Der deutsche Vertreter unterrichtete über Luftverkehrsverhandlungen zwischen den Niederlanden und der DDR (Bericht Nr. 362 vom 24.10.1973 aus Den Haag<sup>3</sup>). Danach hätten die Gespräche über ein Luftverkehrsabkommen deswegen nicht zum Erfolg geführt, weil die Niederlande auf Zusicherung von Überflugrechten für die KLM zwecks Landung in Berlin (West) bestanden hätten. Die DDR-Delegation habe betont, daß es sich hierbei um ein schwieriges und komplexes Problem handele und sie diesem niederländischen Wunsch nicht entsprechen könne.

Der amerikanische Vertreter erklärte, seine Regierung sei bereit, den gesamten Komplex des Luftverkehrs über die DDR von und nach Berlin (West) in Nord-Süd-Richtung wieder in Bewegung zu setzen. Er habe Weisung, in der Bonner Vierergruppe eine Zustimmung darüber herbeizuführen, Landerechte für die türkische Gesellschaft THY in Berlin (West)<sup>4</sup> zu gewähren.

Im Anschluß daran sollten Landerechte für die italienische Luftverkehrsgesellschaft ins Auge gefaßt werden. Auf den Hinweis des französischen Vertreters,

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirektor van Well am 22. November 1973 vorgelegen.

<sup>2</sup> Im Frühjahr 1972 nahmen die Luftfahrtgesellschaften Austrian Airlines (AUA) und Scandinavian Airlines Systems (SAS) mit Zustimmung der Drei Mächte den Luftverkehr nach Berlin-Schönefeld auf in der Erwartung, daß Überflugrechte nach Berlin (West) eingeschlossen seien. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 231.

<sup>3</sup> Für den Drahtbericht der Gesandtin Scheibe, Den Haag, vgl. Referat 404, Bd. 118027.

<sup>4</sup> Gesandter Peckert, Ankara, übermittelte am 31. August 1973 die Information aus dem türkischen Außenministerium, „daß Türkei nach wie vor in besonderer Weise interessiert sei, Berlin (West) anzufliegen. Die dabei zu erwartenden Schwierigkeiten seien jedoch noch keineswegs voll zu übersehen.“ Zu den laufenden Gesprächen zwischen der Türkei und der DDR über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen sei ausgeführt worden: „Mit Abschluß der im Kriegsfall geführten Verhandlungen vor Neubildung türkischer Regierung nach Oktober-Wahlen sei nicht zu rechnen. Türkische Regierung habe nicht vor, diese schwierigen Verhandlungen durch zusätzliche Probleme des Luftverkehrs zu belasten.“ Dieser würde auch nicht im Schlußprotokoll erwähnt werden. Man wolle allenfalls andeuten, daß nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Weg für weitere technische Abkommen frei sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 580; VS-Bd. 8849 (404); B 150, Aktenkopien 1973.

italienische Gesprächspartner hätten sich nur an einer Verbindung Schönefeld – Mailand, nicht aber an Landerechten in Berlin (West) interessiert gezeigt<sup>5</sup>, sagte der amerikanische Vertreter, dann biete es sich an, die Jugoslawen in dieser Frage anzusprechen<sup>6</sup>, da diese die beste Chance hätten, Überflugrechte über die DDR zu erhalten.

Der französische Vertreter wies darauf hin, daß bisher mehrere Gesellschaften um Landerechte in Berlin (West) gebeten hätten. Wenn jetzt den Türken unter Übergehung früherer Anträge anderer Gesellschaften (so z. B. aus den Niederlanden<sup>7</sup> und aus Griechenland) Landerechte gewährt würden, könnte dies dort zu Verstimmungen führen.

Der britische Vertreter meinte auf persönlicher Grundlage, bei der Gewährung von Landerechten an nichtalliierte Gesellschaften seien folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Reihenfolge bisher gestellter Anträge;
- politische Stellung der antragstellenden Staaten zu den Drei Mächten;
- Umfang des Passagier- und Frachtverlustes für die Liniendienste der Drei Mächte nach Berlin durch neue, ihnen konkurrierende Gesellschaften;
- möglicher Einfluß der Gewährung von Landerechten an eine bestimmte Gesellschaft auf die Entscheidung der DDR, dieser Gesellschaft auch Überflugrechte zu gewähren.

Der britische Vertreter meinte weiter, die Dinge würden klarer zu sehen sein, wenn die sowjetische Reaktion auf die Gespräche wegen der Lufthansa-Landungen in Berlin-Tegel<sup>8</sup> vorläge. Auf einen Hinweis des amerikanischen Ver-

5 Dazu berichtete Botschafter Lahr, Rom, am 12. November 1973: „Nachforschungen im italienischen Außenministerium haben bestätigt, daß inzwischen Gespräche über die Aufnahme des Luftverkehrs zwischen Italien und der DDR in Ostberlin geführt worden sind. Diese Gespräche haben jedoch ausschließlich auf der Ebene der beiden Luftverkehrsgesellschaften stattgefunden. [...] Nach Angaben des zuständigen Referenten im italienischen Außenministerium ist bei diesen Gesprächen eine Einigung über die Durchführung von Flügen der Alitalia nach Berlin-Schönefeld und der Interflug nach Italien noch nicht erzielt worden, da die DDR nur auf den Abschluß eines Luftverkehrsabkommens Wert legt. Über die Aufnahme derartiger Verhandlungen ist auf italienischer Seite noch nicht entschieden worden. Mit einer schnellen Entscheidung ist nach Angaben des zuständigen Referenten nicht zu rechnen.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 404, Bd. 118025.

6 Am 14. Mai 1973 informierte der Berliner Senator für Wirtschaft, König, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dietrich, seitens der jugoslawischen Fluggesellschaft JAT sei mitgeteilt worden, „daß der jugoslawische Botschafter in Bonn einen Antrag auf Anflug von Berlin (West) gestellt habe, und zwar sowohl bei den drei Botschaften als auch beim BMV. Britische und französische Stellen sollen sich bereits zustimmend geäußert haben.“ Vgl. das Schreiben; Referat 423, Bd. 117966.

7 Zum Antrag der niederländischen Luftfahrtgesellschaft KLM auf Landerechte in Berlin (West) vgl. AAPD 1972, I, Dok. 59.

8 Am 21. Dezember 1973 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Lücking ein „Non-paper“ vor, in dem der Stand der Gespräche über Flüge der Lufthansa nach Berlin (West) zusammengefaßt wurde und das den Vertretern der Drei Mächte in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am selben Tag übergeben wurde. Darin wurde ausgeführt: „Bezüglich der Landerechte liegt eine vorläufige Zusicherung der Drei Mächte vor. Die DDR hat sich nicht bereit gefunden, Zusicherungen bezüglich der Überflugrechte vor einer Klärung der Frage des Einflugs in die BCZ zu geben. Die nächsten operativen Schritte müssen sich daher auf diesen Punkt konzentrieren. Die sowjetische Seite hat gegenüber der Bundesregierung erkennen lassen, daß sie kein Interesse hat, die Angelegenheit im Gespräch mit der Bundesregierung ihren Fortgang nehmen zu lassen. Sie hat dabei klargemacht, daß sie sich des Problems bewußt ist und auf einen Schritt der Drei reagieren würde. In der Sache selbst hat sie sich nicht festgelegt. Die sowjetische Haltung ist der deutschen Seite sowohl anläß-

treters, neue Fluglinien nach Berlin (West) würden keinen Verkehr von den bestehenden Liniendiensten der Drei Mächte abziehen, da die hinzutretenden Liniensolche Strecken bedienen würden, die bisher über Schönefeld abgewickelt wurden, meinte der britische Vertreter, dies treffe aber wohl nicht für die Liniens zu, welche von Berlin (West) in allgemeiner Richtung nach Westen verlaufen würden.

Der deutsche Vertreter begrüßte die amerikanische Initiative. Er wies darauf hin, daß das Konzept der Studie der Bonner Vierergruppe aus dem Jahre 1972<sup>9</sup> bisher nicht habe verwirklicht werden können. Jede Bemühung, Berlin (West) in den internationalen Luftverkehr einzubeziehen, würde von der Bundesregierung unterstützt. Die Gewährung von Landerechten an eine jugoslawische Gesellschaft sei vielleicht die beste Gelegenheit, die Bereitschaft der DDR zu testen, Überflugrechte zu gewähren. Er wies weiter darauf hin, daß die türkische Seite ihr bleibendes Interesse an Landerechten in Berlin (West) gezeigt habe.

Es wurde vereinbart, auf folgender Linie um neue Instruktionen nachzusuchen: Als erster Test auf eine entsprechende Bereitschaft der DDR zu der Gewährung von Überflugrechten sollen einer jugoslawischen Luftverkehrsgesellschaft Landerechte in Berlin (West) angeboten werden. Den Mitgliedsländern der NATO, welche bereits Anträge auf Landerechte in Berlin (West) gestellt hätten, sollten die taktischen Aspekte dieses Vorgehens erläutert werden.

Kastrup

**VS-Bd. 9057 (210)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1853*

lich des Besuchs von Generalsekretär Breschnew in Bonn (Mai 1973) als auch in einem Gespräch eines Beamten des Auswärtigen Amts mit dem Leiter der Dritten Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, (August 1973) verdeutlicht worden.“ Vgl. VS-Bd. 9057 (210); B 150, Aktenkopien 1973.

<sup>9</sup> Für die „Bonn Group Study on Berlin Air Services“ vom 24. Januar 1972 vgl. VS-Bd. 8796 (III A 4).

**Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation),  
an das Auswärtige Amt**

114-1-21403/73 geheim  
Fernschreiben Nr. 804  
Cito

Aufgabe: 20. November 1973, 12.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. November 1973, 14.06 Uhr

Delegationsbericht Nr. 69/73

Betr.: MBFR;  
hier: Unterredung mit sowjetischem Delegationsleiter Chlestow

Auf Wunsch von Botschafter Chlestow traf ich am 16.11. mit ihm zusammen. Auf sowjetischer Seite nahm Herr Kwidinskij an dem Gespräch teil, auf unserer Seite LS Hölscher. Bei dem Gespräch wurden folgende Punkte erörtert:

Ich betonte die Notwendigkeit, Daten auszutauschen. Chlestow erwiderte, ein Datenaustausch sei nicht notwendig, da beiden Seiten die Daten bekannt seien. Außerdem würde jede Seite argwöhnen, daß die andere Seite die Zahlen manipuliere, um damit ihre Argumente zu untermauern. Ich wies darauf hin, daß der sowjetische Vertragsentwurf<sup>2</sup> ein Protokoll vorsehe, in dem die Einheiten aufgeführt werden sollten, die alle Teilnehmer zu reduzieren hätten. Das würde aber einen Austausch sehr detaillierter Daten und eine Einigung darüber erfordern. Wir könnten daher nicht verstehen, daß die WP-Staaten nicht zu einer Diskussion über die Daten bereit seien. Chlestow konzidierte, daß an einem bestimmten Punkt der Verhandlungen, wenn das Protokoll abgefaßt werde, ein Austausch von Daten notwendig sein würde.<sup>3</sup>

Chlestow beklagte sich darüber, daß die westlichen Staaten sich nicht zu dem östlichen Vertragsentwurf geäußert hätten, der einen ernsthaften Vorschlag und eine praktische Lösung für die Verhandlungen darstelle. Ich wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es kaum sinnvoll sei, den sowjetischen

1 Hat Vortragendem Legationsrat Gescher am 20. November 1973 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ruth verfügte.

Hat Ruth am 20. November 1973 vorgelegen.

2 Zum sowjetischen Entwurf vom 8. November 1973 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 369.

3 Rückblickend beschrieb Julij Kwidinskij den Beginn der MBFR-Verhandlungen wie folgt: „Die letzten Monate hatten gezeigt, daß die Wiener Verhandlungen sich hinziehen würden und wahrscheinlich eine aussichtslose Sache waren. Dafür sprachen zwei sehr gewichtige Gründe: Zum einen tauchte nun das Problem eines konkreten Zahlenvergleichs am Horizont auf. Der Westen bestand darauf, daß beide Seiten vor Beginn der Reduzierungen Zahlen über die Stärke ihrer Streitkräfte und Rüstungen auf den Tisch legten. Auf dieser Grundlage sollte dann entschieden werden, wer was und in welchem Umfang reduzieren mußte. Unsere Position lief darauf hinaus, daß eine Diskussion über Zahlen die Verhandlungen und die tatsächlichen Reduzierungen nur verzögern würde. Nach unserer Meinung war es zweckmäßiger, wenn beide Seiten den Umfang der Reduzierungen vereinbarten und diese unter strenger Kontrolle durchführten. Der Teil der Streitkräfte und Rüstungen, der nach den Reduzierungen verblieb, sollte auf beiden Seiten ungefähr gleich sein, aber die Kontrolleure sollten nicht jede Soldatennase zählen dürfen, denn das wäre, wie wir es ausdrückten, Spionage gewesen. [...] Das eigentliche Problem des Zahlenvergleichs bestand aber darin, daß wir und unsere Verbündeten im Warschauer Vertrag den NATO-Truppen in fast allen Waffengattungen an Zahl überlegen waren, das jedoch nicht zugeben wollten, weil dann asymmetrische Reduzierungen zu unseren Ungunsten die unvermeidliche Folge gewesen wären.“ Vgl. KWIDINSKIJ, Sturm, S. 275 f.

Vertragsentwurf zu diskutieren, da der Westen die Doktrin nicht akzeptieren könne, auf die er gegründet sei. Es sei notwendig, methodisch vorzugehen und zunächst allgemeine Gesichtspunkte zu diskutieren, eingeschlossen die Disparitäten. Berücksichtige man nicht die Disparitäten, so würden Reduzierungen ernsthaft unsere Sicherheit gefährden. Botschafter Strulak habe in seiner Rede darauf hingewiesen<sup>4</sup>, daß auch der Osten Disparitäten aufführen könne, die den Westen begünstigten, daß er aber dies nicht wolle. Es wäre aber sehr nützlich, wenn der Osten Disparitäten erläutern würde, die ihm Sorge machen, und wenn wir eine intensive Diskussion über dieses Thema führen könnten. Mit der Vorlage des Vertragsentwurfs seien die WP-Staaten sofort von Schritt eins zu Schritt zehn gesprungen, während die NATO-Staaten methodisch vorgingen.

Chlestow erwiderte, die Warschauer-Pakt-Staaten schätzten die Situation anders ein. Vom militärischen Gesichtspunkt aus habe es keinen Sinn, die Luftwaffen und die nuklearen Streitkräfte auszuschließen. Wenn man Disparitäten diskutiere, so müsse man auch diejenigen Disparitäten erörtern, die im Zusammenhang mit dem Wirtschaftspotential, der industriellen Infrastruktur, den Haushaltsmitteln und der Fähigkeit, Truppen zu mobilisieren, im Zusammenhang stünden. Die NATO kenne die Philosophie der sozialistischen Staaten, und es sei nicht notwendig, darüber zu diskutieren. Das Kräfteverhältnis sei ausgeglichen, und es sei nicht überzeugend, wenn die NATO versuche, das Gegen teil zu beweisen. Die Warschauer-Pakt-Staaten hätten den Eindruck, daß die NATO-Staaten bemüht seien, ein Hindernis nach dem anderen aufzurichten, um Reduzierungen zu verhindern, und daß sie nur noch über Reduzierungen der amerikanischen und sowjetischen Truppen sprechen wollten. Eine vernünftige Einstellung würde es erfordern, mit den stärksten Armeen zu beginnen. Im Reduzierungsraum der NATO sei die Bundeswehr die stärkste Armee. Kwidzinskij fügte hinzu, daß die NATO behauptete, die sowjetischen Truppen stellten mehr als die Hälfte aller Warschauer-Pakt-Truppen in der NGA<sup>5</sup>. Auf der anderen Seite stelle die Bundeswehr mehr als die Hälfte aller NATO-Streitkräfte in der NGA.

Ich erwiderte, es sei im höchsten Maße unpraktisch, alles zur selben Zeit zu tun. Die Methode, Schritt für Schritt vorzugehen, habe sich bei SALT als sehr erfolgreich erwiesen.

<sup>4</sup> Am 13. November 1973 faßte Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation), die Ausführungen des polnischen Delegationsleiters auf der MBFR-Plenarsitzung vom selben Tag zusammen: „Strulak bezog sich ausdrücklich auf die Erklärungen der Delegationsleiter der Niederlande und Großbritanniens über die Disparitäten. Er führte aus, daß das Potential eines Staates und einer Allianz nicht nur an der Personalstärke der Streitkräfte und ihren Waffensystemen gemessen werden könne, sondern daß auch die wirtschaftliche und militärische Infrastruktur, das demographische Potential, die ausgebildeten Reserven und die vorhandenen Finanzmittel berücksichtigt werden müßten. Wenn die WP-Staaten der Methode des Westens folgten und einige Komponenten des militärischen Potentials in Zentraleuropa herausgreifen würden, könnten sie ebensogut Disparitäten beklagen wie die NATO-Staaten. Diese Methode führe jedoch zu nichts. Man müsse von der gegenwärtigen militärischen Situation in Zentraleuropa ausgehen, einschließlich aller Komponenten des militärischen Potentials, und versuchen, sie sämtlich in Prozentzahlen zu reduzieren. Strulak ging auf Artikel 102 des Vertragsentwurfs der WP-Staaten ein und betonte, daß die einheimischen Streitkräfte von Anfang an an allen Reduzierungsschritten beteiligt werden müßten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 778; VS-Bd. 9434 (221); B 150, Aktenkopien 1973.

<sup>5</sup> NATO Guidelines Area.

Bei SALT habe die Sowjetunion nicht bereits eine Woche nach Beginn der Verhandlungen einen Vertragsentwurf vorgelegt. Unsere gegenwärtigen Verhandlungen seien unendlich komplexer. Ein schrittweises Vorgehen sei daher um so mehr angebracht. Der Westen habe ein Gesamtkonzept für Verhandlungen in zwei Phasen.<sup>6</sup> Die nationalen Streitkräfte, und damit auch die Bundeswehr, würden in die zweite Phase der Reduzierungen mit eingeschlossen werden. Das Konzept eines common ceiling, das am Ende der zweiten Phase erreicht werden solle und das man nur verwirklichen könne, wenn die nationalen Streitkräfte in die zweite Phase mit eingeschlossen würden, sei doch ausreichender Beweis für den Wunsch der westlichen Staaten, eine zweite Phase durchzuführen. Ich argumentierte gegen den Einschluß von Luftwaffen und nuklearen Streitkräften und führte aus, daß in beiden Fällen die Verhandlungen sehr kompliziert würden und der Reduzierungsraum ausgedehnt werden müßte. So seien z.B. einige Nuklearstreitkräfte der NATO im Reduzierungsraum ein Gengewicht zu MRBMs, die auf sowjetischem Gebiet stationiert seien. Chlestow fragte sehr beharrlich, wie sich der Westen den zeitlichen Ablauf der Verhandlungen in zwei Phasen vorstelle. Könnten die Verhandlungen über Phase zwei am Tag nach Abschluß des Abkommens zu Phase eins beginnen? Oder erst nach Durchführung der in Phase eins vereinbarten Reduzierungen?

Ich erwiederte, daß der Zeitpunkt für die Fortsetzung der Verhandlungen in dem Abkommen über die Phase eins vereinbart werden sollte. Es sollte nur jeder Mann die Möglichkeit haben, sich von den Anstrengungen der ersten Phase etwas zu erholen. Die Pause brauche aber nicht lang zu sein. Kwizinskij erwiderete, der Westen würde in dieser Pause sicherlich eine Reihe von Fehlern in dem Abkommen über die Phase eins finden und würde mit Hilfe der sogenannten begleitenden Maßnahmen zu verhindern versuchen, die Verhandlungen der Phase zwei zu verzögern.<sup>7</sup>

Ich erwiederte hierauf, daß schon eine Vereinbarung über die Phase eins begleitende Maßnahmen enthalten müsse. Der Westen sei ernsthaft enttäuscht, daß die Warschauer-Pakt-Staaten bisher hierauf nicht eingegangen seien. Botschafter Klein habe in seiner Erklärung angedeutet, daß der Osten begleitende Maßnahmen nicht akzeptieren würde.<sup>8</sup>

Chlestow meinte darauf, es sei ihm nicht klar, was mit begleitenden Maßnahmen gemeint sei. Maßnahmen wie die Vorankündigung militärischer Übungen,

<sup>6</sup> Zum Verhandlungskonzept der NATO für die MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 326.

<sup>7</sup> So in der Vorlage.

<sup>8</sup> Am 15. November 1973 informierte Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation), über die Ausführungen des tschechoslowakischen Delegationsleiters Klein in der MBFR-Plenarsitzung vom selben Tag: „Die tschechoslowakische Erklärung hatte folgende Schwerpunkte: a) Der NATO-Gruppe wurde vorgeworfen, das gemeinsame Communiqué vom 28. Juni einseitig interpretieren und darüber hinausgehende Elemente wie z. B. sogenannte stabilisierende Maßnahmen in die Verhandlungen einführen zu wollen. Damit lenke die NATO-Seite von der vereinbarten Hauptaufgabe der Verhandlungen – Reduzierungen – ab. Botschafter Klein kritisierte insbesondere die Absicht der NATO-Staaten, das historisch gewachsene Kräfteverhältnis ändern zu wollen und den defensiven Charakter der WP-Streitkräfte in Frage zu stellen. b) Klein gab seinem ‚Erstaunen‘ auch darüber Ausdruck, daß die westliche Seite auf den schon eine Woche vorliegenden östlichen Vertragsentwurf noch nicht eingegangen sei, sondern ‚einem Dialog darüber ausweiche.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 788; VS-Bd. 9434 (221); B 150, Aktenkopien 1973.

wie sie in Genf diskutiert würden<sup>9</sup>, könnten unabhängig von Reduzierungen vereinbart werden und seien daher keine Maßnahmen, die mit Reduzierungen zusammenhingen. Der sowjetische Vertragsentwurf enthielt eine Bestimmung, nach der im Falle der Rotation von Truppen der vereinbarte Truppenbestand, wie er sich aus den vereinbarten Reduzierungen ergeben habe, nicht überschritten werden dürfe.

Das sei seiner Meinung nach eine begleitende Maßnahme, wie sie in dem Protokoll der Vorgespräche erwähnt sei. Ob man ihm ein anderes Beispiel für begleitende Maßnahmen geben könne.

Ich erwiderte ihm, daß z. B. militärische Übungen einer bestimmten Größe in der NGA Regelungen unterliegen müßten, um das Risiko von Mißverständnissen zu vermeiden. Chlestow wies darauf hin, daß bei einem einmal erreichten bestimmten Truppenniveau als Folge eines Reduzierungsabkommens keine zusätzlichen Truppen in den Reduzierungsraum verlegt werden könnten, auch nicht für Zwecke von Manövern. Ich fragte ihn mehrere Male, ob dies bedeute, daß die Sowjetunion in Zukunft keine Truppen mehr zeitweise zur Teilnahme an Manövern in Osteuropa in das Reduzierungsgebiet einführen wolle. Da die Warschauer-Pakt-Staaten beabsichtigten, die Luftwaffen mit einzubeziehen, würde das bedeuten, daß sowjetische Luftwaffeneinheiten, die z. B. auf sowjetischem Gebiet nahe der polnischen Grenze stationiert seien, niemals mehr die sowjetisch-polnische Grenze bei Übungsflügen überqueren dürften. Chlestow antwortete auf diese Frage nicht, wiederholte vielmehr etwas verärgert seine Erklärung, daß ein vereinbartes Streitkräfteniveau unter allen Umständen respektiert werden müßte.

Kwizinskij meinte, die von der NATO behaupteten Disparitäten bei den Landstreitkräften seien doch nur ein Trick. Wenn die 200 000 Mann Bodenpersonal der NATO-Luftstreitkräfte in der NGA hinzugefügt würden, würde die Disparität in der Personalstärke verschwinden. Auf meine Antwort, der Warschauer Pakt habe beträchtlich mehr Flugzeuge in dem Reduzierungsraum als die NATO, erwiderte Kwizinskij, die NATO habe mehr Personal bei den Luftstreitkräften. Ich wies darauf hin, daß diese Diskussion die Notwendigkeit beweise, die Daten zu erörtern. Kwizinskij erwiderte, bis jetzt habe sich die NATO über die Luftwaffe des Warschauer Paktes nicht besorgt gezeigt. Die größere Personalstärke der Landstreitkräfte des Warschauer Paktes werde durch die Stärke der NATO bei der Luftwaffe und den Nuklearwaffen aufgewogen. Ich erwiderte, wir sollten diese interessante Diskussion in den Plenarsitzungen weiterführen. Kwizinskij meinte, die Verhandlungen würden vereinfacht, wenn wir die Gesamtstärke von Land- und Luftstreitkräften als Ausgangspunkt nähmen.

Ich wies darauf hin, daß der östliche Vertragsentwurf uns nicht einfach erschien, sondern sehr kompliziert. Was sei die Basis der Kalkulation von fünf und zehn Prozent? Handle es sich dabei um Personal, Einheiten oder Kampfkraft? Wie sei es möglich, die relative Kampfkraft von Einheiten der Land- und Luftstreitkräfte von elf Nationen miteinander zu vergleichen? So habe z. B. eine amerikanische Panzerdivision erheblich mehr Personal, aber weniger Panzer als eine sowjetische Panzerdivision. Kwizinskij erwiderte, daß dies kein er-

<sup>9</sup> Zur Erörterung vertrauensbildender Maßnahmen auf der KSZE vgl. Dok. 347.

hebliches Problem sei. In diesem Fall könne man z.B. eine amerikanische Panzerdivision gegen zwei sowjetische Panzerdivisionen aufwiegen.

Kwizinskij fragte, was die Ziffer bei common ceiling bedeute. Worauf bezöge sie sich: Auf Personalstärke oder Kampfkraft? Bedeute die Zahl 700 000 oder 750 000 Mann? Ich erwiederte, daß die NATO-Staaten bald präzise Vorschläge vorlegen würden. Die Disparitäten hinsichtlich der Kampfkraft der Landstreitkräfte würden dabei in Rechnung gestellt werden müssen.

Chlestow meinte, er könne die Unterstellung nicht akzeptieren, die NATO habe Fehler in ihrer Streitkräfteplanung gemacht. Das gegenwärtige Streitkräfteverhältnis gebe die reale Situation wieder.

Vermutlich auf die Strukturreform der Bundeswehr anspielend<sup>10</sup>, sagte Chlestow: „Sie werden versuchen, Ihre Streitkräfte zu stärken. Dies ist sehr schlecht, unsere Aufgabe ist die Verringerung der Streitkräfte. Reduzierungen können nicht unabhängig von der politischen Situation gesehen werden.“

Ich erwiederte darauf, die Warschauer-Pakt-Staaten hätten in den letzten Jahren ihre Streitkräfte im Reduzierungsgebiet erheblich verstärkt. Der Osten könne kaum den Westen dafür tadeln, daß er sich zurückgehalten und seine Truppen nicht entsprechend verstärkt habe. Chlestow erwiederte, es sei sinnlos, eine historische Untersuchung über die Entwicklung der NATO und des Warschauer Paktes während der letzten 20 Jahre zu beginnen. Kwizinskij fügte hinzu, man könne auch so argumentieren: Der Warschauer Pakt sei gezwungen worden, frühere, besonders im Nuklearbereich bestehende Unausgewogenheiten auszugleichen.

Ich erwiederte, ich hätte mich nur auf Verstärkung des Warschauer Paktes während der letzten Jahre bezogen, durch die Disparitäten, die dem Westen Sorge machten, vergrößert seien. Unsere Diskussion habe die Notwendigkeit gezeigt, über Daten zu sprechen.

Kwizinskij bemerkte dazu, daß die Daten sich veränderten und sich jeweils auf die Situation bezögen. Der Westen werde die sowjetischen Zahlen sowieso nicht glauben. Er schnitt die Frage der großen Anzahl ausgebildeter Reservisten der Bundeswehr an, die sehr schnell mobilisiert werden könnten. Ich sagte ihm, daß alle Teilnehmer Reservistenpotentiale hätten. Kwizinskij antwortete, das hinge davon ab, wie die Reserven organisiert seien.

Chlestow fragte, welche Streitkräfte auf Seiten der NATO vermindert werden sollten, um das common ceiling zu erreichen. Ich antwortete, daß in der zweiten Phase auch europäische Streitkräfte vermindert werden. Unser Sicherheitsinteresse erfordere die fortdauernde Stationierung starker amerikanischer Streitkräfte in Europa. Chlestow fragte, ob in der zweiten Phase auch britische Truppen reduziert würden. Ich sagte ihm, er müsse diese Frage an meinen britischen Kollegen<sup>11</sup> stellen.

Chlestow antwortete, die britischen Truppen seien auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland stationiert. Die Bundesrepublik habe daher das Recht und die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch diese britischen Truppen vermindert würden.

<sup>10</sup> Zum Bericht der Wehrstrukturkommission vom 28. November 1972 vgl. Dok. 10, Anm. 7.

<sup>11</sup> Clive Rose.

Chlestow sagte abschließend, es sei notwendig mit allem Ernst nach Lösungen für die schwierigen Probleme dieser Verhandlungen zu suchen. Das Phasenkonzept erwecke Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Absicht der Bundesregierung, die Bundeswehr in Reduzierungen einzuschließen. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland seien sehr wichtig, die Bundesrepublik Deutschland spiele in diesen Verhandlungen eine bedeutende Rolle. Eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in diesen Verhandlungen werde zusätzliche Möglichkeiten für die Intensivierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern eröffnen.

Ich antwortete, auch die Bundesregierung lege Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf diesem Gebiet, dessen Einführung in die Politik der Entspannung und der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen in Europa weitgehend das Verdienst der Bundesregierung sei. Das Phasenkonzept sei Ausdruck unseres Bemühens, in einer praktischen Weise an die komplexen Probleme der Verhandlungen heranzugehen. Die NATO-Staaten hätten eine integrierte Verteidigung und daher auch ein integriertes Verhandlungskonzept.

[gez.] Behrends

VS-Bd. 9422 (221)

## 382

### Bundesminister Bahr, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-1-21415/73 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 3501  
Cito

Aufgabe: 20. November 1973, 18.00 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 20. November 1973, 20.26 Uhr

Betr.: Besuch Bundesminister Bahr in Paris

Bundesminister Bahr traf am 19. November 1973 in Gegenwart zu einem Gespräch mit Außenminister Jobert im Quai zusammen.<sup>2</sup> Der Gesprächswunsch war von französischer Seite ausgegangen.

Europa:

Bundesminister Bahr erläuterte zunächst unsere Haltung zu dem vorgesehnen Treffen der Staats- und Regierungschefs der Neun am 14./15. Dezember in Kopenhagen<sup>3</sup>. Die Bundesregierung begrüßte dieses Treffen, von dem sie sich in entscheidenden Bereichen die Klärung einer gemeinsamen Haltung der Neun

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer am 22. November 1973 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Rosengarten am 5. Dezember 1973 vorgelegen.

<sup>2</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

<sup>3</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 422.

verspreche. Angesichts der akuten Ölkrise<sup>4</sup> hätte man sich diesen Gipfel zwar etwas früher gewünscht, da man heute nicht wisse, wie die Situation in vier Wochen aussehe. Er halte die Methode für richtig, daß die Regierungschefs ohne die Belastung vor allem der Brüsseler Bürokratie zusammentreffen könnten, um Entscheidungen zu treffen. Sollten derartige Treffen der Regierungschefs zu einer Regel werden, könnte sich damit ein für die weitere Einigung Europas wichtiger zusätzlicher Mechanismus herausbilden, wobei dann auch Ad-hoc-Treffen der Regierungschefs in akuten Krisenzeiten möglich werden müßten. Gerade nach dem Beitritt Großbritanniens<sup>5</sup> sehe er die Entwicklung einer solchen Zusammenarbeit als logisch an, da sie Herausarbeitung eines gemeinsamen europäischen Willens erleichtere. Das Fehlen einer Automatik im europäischen Integrationsprozeß mache besondere Anstrengungen zur Erlangung der politischen Einheit erforderlich.

Außenminister Jobert erklärte, die Frage, ob dieser Gipfel angesichts der akuten Ölkrise zu spät komme, möge zwar berechtigt sein, doch solle man sich jetzt nicht damit aufhalten, was früher hätte geschehen können. Er halte die Konferenz von Kopenhagen von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Europas. Der Gedanke dieser Konferenz sei bereits vor der jetzigen Krise zwischen der Bundesregierung und seiner Regierung erörtert worden<sup>6</sup> in der Erkenntnis, daß es nunmehr höchste Zeit sei, daß sich Europa die Mittel verschaffe, um mit seinen Problemen selbst fertig zu werden. Die Regierungschefs, befreit nicht nur von der Brüsseler, sondern auch von der nationalen Bürokratie, müßten jetzt von ihrer Macht Gebrauch machen und da, wo Übereinstimmung bestehe, politische Entscheidungen treffen und Orientierungen geben. Kopenhagen müsse zu mehr führen als dem Zustand bisher, der uns weder den Respekt der USA noch den der Sowjetunion eingebracht habe.

Auch er sei nie der Ansicht gewesen, daß man mit den Römischen Verträgen wie mit einer eingebauten Mechanik zum Ziel der politischen Einigung Europas kommen würde. Dazu sei ein politischer Wille erforderlich, der von außen auf den Einigungsprozeß einwirke. Wenn es auch schwierig werde, so könne man jetzt durchaus daran denken, den Versuch zu unternehmen, die Konturen einer europäischen Konföderation zu zeichnen.

#### Verteidigung:

Anknüpfend an den Bericht von Bundesminister Scheel über dessen jüngstes Treffen mit Außenminister Jobert<sup>7</sup>, erklärte Bundesminister Bahr, er halte es für vielversprechend, wenn man unter den Europäern beginne, sich auch über Fragen der gemeinsamen Verteidigung Gedanken zu machen, dabei sei für ihn von entscheidender Bedeutung, daß einmal die Sicherheit Europas auf unabsehbare Zeit von den Vereinigten Staaten abhängig bleibe, und zum anderen, daß die Bundesrepublik Deutschland hier nicht als „Demandeur“ auftrete. Ei-

<sup>4</sup> Zu dem gegen die Niederlande und die USA verhängten Ölboykott vgl. Dok. 345 und Dok. 346, Anm. 6.

Zur Entscheidung der Organisation Arabischer Erdöl exportierender Länder (OAPEC), die Ölproduktion einzuschränken, vgl. Dok. 345, Anm. 9, und Dok. 360, Anm. 1.

<sup>5</sup> Großbritannien wurde am 1. Januar 1973 Mitglied der Europäischen Gemeinschaften.

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Vorschlag des Staatspräsidenten Pompidou vom 31. Oktober 1973; Dok. 317, Anm. 15.

<sup>7</sup> Für die Gespräche am 9. November 1973 in Paris vgl. Dok. 367 und Dok. 368.

ne eventuelle gemeinsame Verteidigung müsse sich aus der politischen Einstellung ergeben, weshalb gerade in diesem Bereich jede Eile und Hast fehl am Platze sei. Man müsse eine Situation vermeiden, die den Vereinigten Staaten einen Vorwand gebe, sich von Europa zu desintegrieren, indem man den Eindruck erwecke, Europa könne die USA entlasten und allein für seine Sicherheit sorgen.

Außenminister Jobert entgegnete, im Augenblick sehe er die größere Gefahr darin, daß Europa den Eindruck erwecke, es wolle sich nicht selbst verteidigen, wobei er insbesondere an die Situation in den Niederlanden<sup>8</sup> und Dänemark<sup>9</sup> denke. Nach seiner Ansicht hänge die weitere Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa allein davon ab, ob diese glaubten, daß dies in ihrem eigenen Interesse erforderlich sei. Würde sich dies ändern, würden die Vereinigten Staaten aus Europa abziehen. Im Augenblick bestünde dieses Interesse zwar noch, doch wisse man nie, wie lange noch. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß ein europäischer Krieg mit sogenannten herkömmlichen Waffen möglich erscheine.

Bundesminister Bahr erwiderte, es sei deshalb entscheidend, die Verteidigung so zu organisieren, daß dieses Interesse der Vereinigten Staaten aufrechterhalten bleibe, was bedeute, daß man ihnen klarmachen müsse, daß für sie auch weiterhin ein Risiko bestehe.

Nahost:

Außenminister Jobert äußerte mit einer gewissen Bitterkeit sein Bedauern, daß die Vereinigten Staaten während der jüngsten Nahostkrise es nicht einmal für notwendig befunden hätten, ihre Verbündeten über wichtige Sicherungsmaßnahmen zu unterrichten.<sup>10</sup> Er bedaure zwar nicht so sehr, daß Europa einfach zur Seite geschoben worden sei. Denn angesichts der Art, wie der Nahost-Konflikt sich entwickelt habe, hätte Frankreich sich ohnehin zurückhalten müssen. Seit sechs Jahren habe man immer wieder darauf hingewiesen, daß Konflikt jederzeit wieder ausbrechen könne, doch sei von Seiten der USA nichts geschehen, lediglich die kriegsführenden Parteien seien von beiden Großmächten mit Waffen versorgt worden.

Bundesminister Bahr erwiderte, auch die Bundesregierung sei von den amerikanischen Maßnahmen nicht rechtzeitig unterrichtet worden, was im übrigen sogar auch im Falle Großbritanniens nicht geschehen sei. Für ihn habe der Konflikt militärisch wichtige Erkenntnisse über die Wirksamkeit bestimmter Abwehrwaffen gebracht, und politisch habe sich einmal mehr gezeigt, daß das

<sup>8</sup> Am 30. Mai 1973 meldete Fregattenkapitän Kollenbaum, Den Haag: „Die heutige Verteidigung der Niederlande weist deutliche materielle Mängel auf. Diese Mängel können nicht behoben werden, wenn die Verteidigungsausgaben auf der jetzigen Höhe stehenbleiben.“ Da allerdings die niederländische Regierung mit „allgemeinen Schwierigkeiten im Haushalt konfrontiert“ sei, werde sie voraussichtlich „auf jeden Fall versuchen, Kosten zu sparen und Erleichterungen (auch im Bündnisrahmen) zu erlangen“. Vgl. den Schriftbericht; Referat 201, Bd. 102442.

Am 7. Juni 1973 berichtete die Botschaft in Den Haag, daß sich die seit 11. Mai 1973 amtierende Regierung unter Ministerpräsident den Uyl zur Senkung der Verteidigungsausgaben verpflichtet habe. Vgl. dazu den Schriftbericht; Referat 201, Bd. 102442.

<sup>9</sup> Zur dänischen Verteidigungsreform vgl. Dok. 81, Anm. 9, und Dok. 136, Anm. 8.

<sup>10</sup> Zur Versetzung der amerikanischen Streitkräfte in Alarmbereitschaft am 24. Oktober 1973 vgl. Dok. 343, Anm. 5.

Gewicht Europas in Zeiten einer unmittelbaren militärischen Konfrontation unter Beteiligung der Großmächte abnehme. Was bedeute, daß dieses Gewicht nur in Zeiten der Entspannung richtig zum Tragen kommen könne.<sup>11</sup>

Öl:

Auf die Frage von Außenminister Jobert, wie die Bundesregierung die Ölsituation in den kommenden Wochen beurteile, erklärte Bundesminister Bahr, die Bundesregierung mache sich hierüber große Sorgen. Dabei spiele vor allem die Tatsache eine erhebliche Rolle, daß wir einen großen Teil unseres Öls über Rotterdam einführen. Er könne im Augenblick nicht mehr ausschließen, daß auch wir zu Rationierungsmaßnahmen gezwungen sein könnten. Man müsse deshalb alle Möglichkeiten ausschöpfen, um vor allem die Arbeitsplätze sicherzustellen.

Außenminister Jobert erklärte, er komme gerade aus Tunesien zurück, wo er zufällig auch Zayyat und den saudischen Ölminister<sup>12</sup> getroffen habe.<sup>13</sup> Bei diesen Gesprächen habe er den Eindruck gewonnen, daß die Genannten den Wunsch hätten, mit Europa zu möglichst großer Übereinstimmung zu kommen, wobei sie sogar so weit gegangen seien, ihm gegenüber über die Möglichkeit einer Konferenz aller zwanzig arabischen Staaten mit den Neun zu sprechen. Die ursprünglich vorgesehene weitere Drosselung der Ölproduktion um fünf Prozent im Dezember werde nicht durchgeführt.<sup>14</sup> Man habe ihm gesagt, daß man überlege, vor allem im Hinblick auf die Bundesrepublik etwas Positives zu tun, da man wohl einsehe, hier den Falschen zu treffen. Er sei deshalb durchaus optimistisch und glaube, die Dinge regelten sich allmählich wieder. Im übrigen wolle Ghadafi am 23. November zu einem von mehreren Zeitungen (u. a. auch *Die Welt*) veranstalteten Kolloquium nach Paris kommen.<sup>15</sup> Dabei wolle er auch Pompidou sehen und seinen Standpunkt erläutern. Er, Jobert, habe den Eindruck, daß die Araber untereinander bereits wieder Krach hätten, was sich schon auf den Gipfel in Algier<sup>16</sup> auswirken werde. Er werde in wenigen Tagen den algerischen<sup>17</sup> und saudischen Ölminister sehen und ihnen klar-

11 Der Passus „und politisch ... kommen könne“ wurde von Vortragendem Legationsrat Rosengarten angeschlängelt.

12 Scheich Ahmed Zaki Yamani.

13 Der französische Außenminister Jobert hielt sich am 15./16. November 1973 in Tunesien auf.

14 Am 18. November 1973 beschloß die Organisation Arabischer Erdöl exportierender Länder (OAPEC) auf einer Konferenz in Wien, die für Dezember geplante weitere Drosselung der Erdölförderung um fünf Prozent nicht umzusetzen. Die Reduzierung der Förderung um 25 % im November bleibe allerdings in Kraft. Die Minister erklärten dazu, daß diese Maßnahme „in Würdigung der politischen Haltung der EWG zum Nahost-Konflikt“ erfolge. Ferner kündigten sie an, daß die vorgesehene Reduzierung der Rohölförderung um monatlich 5 % im Januar wieder aufgenommen werde. Vgl. dazu den Artikel „Araber verzögern die Drosselung ihres Ölexports“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. November 1973, S. 1.

15 Präsident Ghadafi hielt sich am 24./25. November 1973 anlässlich eines von den Tageszeitungen „Le Monde“, „Die Welt“, „The Times“ und „La Stampa“ veranstalteten „europäischen Kolloquiums“ in Paris auf. Bei dieser Gelegenheit fand auch ein Gespräch mit Staatspräsident Pompidou statt. Vgl. den Artikel „Khadhafi fordert in Paris Rückwanderung der Juden“, DIE WELT vom 26. November 1973, S. 2. Vgl. dazu auch den Artikel „Ein Missionar aus der Wüste will Europa retten“, DIE WELT vom 26. November 1973, S. 3.

16 Zur arabischen Gipfelkonferenz vom 26. bis 28. November 1973 in Algier vgl. Dok. 390, Anm. 10.

17 Bélaïd Abdessalam.

machen, daß die Araber mit ihren Boykottmaßnahmen nur Europa träfen und damit dessen Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten verstärkten.

DDR:

Bundesminister Bahr erläuterte abschließend die derzeitigen Schwierigkeiten mit der DDR, die insbesondere in Zeiten internationaler Spannungen ihr Störpotential voll entfalte.

Außenminister Jobert erklärte, er habe Herrn Winzer offensichtlich vergeblich klarzumachen versucht, daß die bisherige Weigerung Frankreichs, einen Botschafter nach Ost-Berlin zu entsenden, allein damit zusammenhänge, daß die DDR bisher nicht in der Lage gewesen sei, eine akzeptable Unterbringung anzubieten. Solange diese Frage nicht befriedigend geregelt sei, werde kein französischer Botschafter nach Ost-Berlin kommen. Andere Gründe für die Verzögerung gebe es nicht.

[gez.] Bahr

VS-Bd. 9935 (202)

383

**Aufzeichnung des  
Vortragenden Legationsrats von der Gablentz**

200-350.31 VS-NfD

21. November 1973<sup>1</sup>

XI. Ministertreffen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) in Kopenhagen am 20. November 1973

XI. Ministertreffen brachte wichtige Entscheidungen:

Die Minister einigten sich auf die Grundzüge eines Verfahrens für die Europäische Gipfelkonferenz am 14./15. Dezember 1973 in Kopenhagen.<sup>2</sup> Sie beschlossen, auf der Grundlage der Nahost-Erklärung vom 6. November 1973<sup>3</sup> das diplomatische Gespräch mit beiden Seiten des Nahost-Konflikts aufzunehmen. Sie verabschiedeten einen Grundsatzbericht über Ziele und Strategie der Neun auf der KSZE. Sie werden am Rande des Kopenhagener Gipfels ein erstes Dokument über die europäische Identität veröffentlichen.<sup>4</sup> Sie sind bereit, am

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von der Gablentz am 21. November 1973 an das Ministerbüro geleitet. Dazu vermerkte er: „Das Original mit den vier vertraulichen Anlagen ist dem Herrn Staatssekretär bereits am 21. November 1973 nachmittags übermittelt worden.“ Hat dem Ministerbüro am 23. November 1973 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 200, Bd. 108874.

<sup>2</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 422.

<sup>3</sup> Für die Nahost-Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 363, Anm. 3.

<sup>4</sup> Für das Dokument „De l'identité européenne“ vom 13. November 1973 vgl. VS-Bd. 8131 (201).

Rande der NATO-Konferenz in Brüssel<sup>5</sup> mit AM Kissinger zur Erörterung über die geplante Grundsatzerklärung Europa–USA<sup>6</sup> zusammenzutreffen, falls die USA es wünschen.

1) Europäische Gipfelkonferenz Kopenhagen 14./15. Dezember 1973

Alle Minister waren sich einig, daß der Gipfel vor allem ein eingehendes Gespräch der neun Staats- und Regierungschefs „am Kamin“ ermöglichen soll. Die Erörterung zeigte, daß der ursprüngliche Vorschlag Pompidous (Anlage 1, nur Regierungschefs, nur EPZ-Themen<sup>7</sup>) inzwischen wesentlich weiterentwickelt wurde. Man einigte sich auf:

a) Teilnahme

Auch die Außenminister sollen anlässlich des Gipfels in Kopenhagen zusammenkommen. Sie sollen zu Beginn und am Ende des Gipfels mit den neun Regierungschefs gemeinsam, sonst parallel zum eigentlichen Gipfel tagen. Am Abend des 14.12. getrennte Arbeitssessen. Teilnahme oder Parallelsitzungen anderer Ressortminister sind nicht vorgesehen. Das gleiche gilt für Sachverständige, die natürlich jede Delegation für sich in Kopenhagen zur Verfügung halten kann. Diese Lösung wurde gefunden, weil vor allem in den kleineren Staaten, in denen der Regierungschef nur Primus inter pares ist, verfassungsrechtliche und politische Bedenken gegen ein Treffen nur der Regierungschefs besteht. Wenn man aber einige Außenminister hinzuziehe, so müßten, wie BM betonte, alle anwesend sein. Man war sich einig, daß auch der Präsident der EG-Kommission in Kopenhagen sein müsse, um den neun Regierungschefs Gelegenheit zu geben, ihn zu Erörterung von EG-Fragen heranzuziehen. Diese Formel spiegelt den Kompromiß zwischen französischem Wunsch nach engster Begrenzung des Treffens und der Auffassung aller anderen wider, daß der Kommissionspräsident bei EG-Fragen teilnehmen müsse.

b) Tagesordnung

Der dänische Präsident<sup>8</sup> wird den Entwurf einer Tagesordnung vorlegen, der allerdings den freien Meinungsaustausch der Regierungschefs nicht begrenzen soll. Diesem Kompromiß lag der Gedanke zugrunde, daß sich der Kopenhagener Gipfel von den früheren auch dadurch unterscheide, daß die Gesprächsthemen nicht im einzelnen vorbereitet würden. Jobert betonte, daß die TO die Regierungschefs nicht binde, während Fitzgerald darauf bestand, daß keine Frage entschieden werde, die nicht auf der TO stehe.

Die von den einzelnen Ministern erwähnten Punkte ordnen sich in drei große Themenkreise ein:

- Institutionelle Fragen, insbesondere die Vorschläge Pompidous für regelmäßige Gipfeltreffen und ein Krisenverfahren<sup>9</sup>, Vorarbeiten für die Europäi-

5 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1973 in Brüssel vgl. Dok. 413.

Zum Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 11. Dezember 1973 in Brüssel vgl. Dok. 414.

6 Zum Stand der Erörterung einer transatlantischen Erklärung zwischen Vertretern der EG-Mitgliedstaaten und der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 377.

7 Dem Vorgang nicht beigelegt.

Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Pompidou vom 1. November 1973 vgl. Dok. 361, Anm. 38.

8 Anker Jørgensen.

9 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Pompidou vom 31. Oktober 1973 vgl. Dok. 317, Anm. 15.

sche Union (EU). Zum Vorschlag regelmäßiger Gipfeltreffen: grundsätzlich von allen begrüßt, nur Iren sprachen sich gegen Institutionalisierung aus. Andere Minister betonten, wie BM, daß der Sinn regelmäßiger Gipfeltreffen ebenso geprüft werden müsse wie ihr Einbau in die bestehenden europäischen Strukturen. Das Ziel müsse sein, Europa handlungsfähiger zu machen. Während sich die Italiener, Belgier, Niederländer, Iren und wir für ein Vorziehen des Berichts der Organe der Gemeinschaft über die EU auf Ende 1974<sup>10</sup> aussprachen, äußerten Briten Zweifel, ob diese Beschleunigung Erfolg verspreche. Zum Verfahren in Krisenfällen wurde mehrfach hervorgehoben, daß nur Soforttreffen bei Krisenausbruch nützlich seien. Niederländer betonten, daß zu einer Zusammenarbeit in Krisenfällen auch die Analyse von Krisensituationen gehöre und die Vorbereitung von Eventualplänen.

- Außenpolitische Fragen, insbesondere Nahost einschließlich Erdöl und damit im Zusammenhang Mittelmeerfragen, Europa–USA, Ost-West-Beziehungen. BM betonte, daß die Nahost-Krise auch auf das Verhältnis Europa–USA einwirke, da sie die Doppelrolle Amerikas für die Europäer (Gewährleistung der Sicherheit Westeuropas und weltweite Verantwortung der USA) sichtbar mache.
- Gemeinschaftsfragen. Die Erörterung gab keine letzte Klarheit. Man war sich einig, daß der Gipfel die Bilanz der Verwirklichung der Pariser Gipfelbeschlüsse<sup>11</sup> ziehen und Gemeinschaftsfragen, soweit sie „politisch geworden sind“ (Jobert), erörtern werde. Genannt wurden WWU, Regional- und Industriepolitik, Inflationsbekämpfung, Energiepolitik. Belgier schlugen vor, nach dem EG-Rat am 3./4.12.1973<sup>12</sup> die Frage erneut zu prüfen. Dänen regten Grundsatzerörterung der Themen an, in denen der EG-Rat am 17./18.12.<sup>13</sup> Erfolg haben müsse, wenn er nicht den günstigen Eindruck des Gipfels auf die Öffentlichkeit zerstören solle. Franzosen regten an, Präsident Ortoli hinzuzuziehen, wenn die Analyse der EG-Probleme durch die Regierungschefs Entscheidungen vorzeichne.

c) Organisation und Abschluß

Die Minister waren sich einig über den informellen Charakter des Gipfels ohne Mitarbeiter, nur mit Simultanübersetzer. BM betonte, die Regierungschefs sollten sich „ohne Papiere ihrer Mitarbeiter“ aussprechen, um neue Ideen zu entwickeln. Man wird kein Communiqué ausarbeiten. Der dänische Vorsitzende wird die Schlußfolgerungen zusammenfassen und den Entwurf einer Presseerklärung vorlegen, da man sich im Hinblick auf die erwarteten 600 Journalisten einigen müsse, was öffentlich gesagt werde.

10 Vgl. dazu Ziffer 16 der Erklärung der europäischen Gipfelkonferenz am 19./20. Oktober 1972 in Paris; Dok. 18, Anm. 11.

11 Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten und -Beitrittsstaaten am 19./20. Oktober 1972 in Paris vgl. Dok. 1, Anm. 16.

12 Zur EG-Ministerratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister in Brüssel vgl. Dok. 399 und Dok. 400.

13 Auf der Tagung des EG-Ministerrats am 17./18. Dezember 1973 in Brüssel wurde u. a. der ab 1. Januar 1974 gültige Gemeinsame Zolltarif der Europäischen Gemeinschaften erlassen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1973, S. 30.

## 2) Nahost

Die Minister stellten fest, daß die Brüsseler Nahost-Erklärung vom 6. November 1973 die ersten praktischen Ergebnisse zeige. Es ergebe sich die erste Möglichkeit, sie in praktische Politik umzusetzen. Beide Seiten im Nahost-Konflikt bekunden Interesse an einem Gespräch mit den Neun. Die Minister einigten sich, das diplomatische Gespräch mit beiden Seiten aufzunehmen. Dabei soll in erster Linie geklärt werden, welche Rolle die EG und ihre Mitgliedstaaten bei der Suche nach einer Konfliktregelung und der Friedensgarantie in Nahost spielen können. Gleichzeitig soll klargestellt werden, daß Europa nicht Opfer eines Konflikts werden kann, an dem es nicht beteiligt ist und an dessen Lösung es bereit ist, nach besten Kräften mitzuwirken. Dazu gehört der Appell an beide Seiten, das Gespräch und die Perspektive einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Neun nicht durch einseitige Entscheidungen oder Stellungnahmen in Frage zu stellen. Diese diplomatischen Gespräche, die sowohl im Namen der Neun wie bilateral (aber mit abgestimmten Argumenten) geführt werden sollen, können naturgemäß nur Erfolg haben, wenn äußerste Diskretion gesichert ist. Man einigte sich daher, keine Einzelheiten bekanntzugeben, sondern öffentlich nur festzustellen, daß man einen fruchtbaren Gedankenaustausch auf der Grundlage der Neuner-Erklärung vom 6. November geführt habe.

## 3) KSZE

Die Minister verabschiedeten einen Grundsatzbericht des Politischen Komitees (Anlage 2<sup>14</sup>) über Konferenzziele der Neun und Möglichkeiten zu ihrer Durchsetzung (Konferenzstrategie, Charakter der Schlußdokumente, organisatorische Maßnahmen zur Überwachung der Konferenzbeschlüsse).

Die Minister begannen eine grundsätzliche Diskussion über die politischen Konferenzerfolgen, zu denen der Bericht fünf Alternativen biete. BM schlug vor, drei davon wie folgt zu kombinieren, falls die Konferenz befriedigende Ergebnisse bringt:

Für eine Probezeit von drei Jahren wird der Koordinationsausschuß, der z. Z. die Arbeit in Genf koordiniert, beibehalten. Er tagt – mit streng limitiertem Mandat und ohne Sekretariat – einmal im Jahr in verschiedenen Hauptstädten. Nach diesen drei Jahren wäre zu prüfen, ob der Ausschuß seine Arbeit einstellen, fortsetzen oder verstärken soll oder ob die Einberufung einer neuen Konferenz nützlich erscheint. Die Minister beauftragten das PK, diesen Vorschlag bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Position weitgehend zu berücksichtigen.

## 4) Beziehungen Europa – USA

Die Minister nahmen Kenntnis vom Stand der Erörterung des PK mit Vertretern der US-Regierung über eine gemeinsame Grundsatzerkklärung der Neun mit den USA (gegenwärtiger Text des politischen Teils Anlage 3<sup>15</sup>). Sie erklär-

<sup>14</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Für den Bericht des KSZE-Unterausschusses des Politischen Komitees im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit vom 1. November 1973 vgl. VS-Bd. 9889 (200).

<sup>15</sup> Dem Vorgang nicht beigefügt.

Für den Entwurf „Third draft for a declaration between the United States of America and the European Community and its Member States“ vom 15. November 1973 vgl. VS-Bd. 8131 (201).

ten sich bereit, die Frage am Rande der NATO-Konferenz in Brüssel (10./11. Dezember 1973) mit AM Kissinger zu erörtern, falls es die Amerikaner wünschen.

##### 5) Dokument zur Europäischen Identität

Die Minister billigten im Grundsatz und vorbehaltlich redaktioneller Änderungen das vom PK vorgelegte erste Dokument zur Europäischen Identität, das im Lichte der Weiterentwicklung der europäischen Einigungspolitik fortgeschrieben werden soll. Sie faßten die Veröffentlichung des Dokuments durch die Außenminister am Rande der Kopenhagener Gipfelkonferenz am 14./15. Dezember 1973 ins Auge. Zur Entscheidung lag den Ministern vor allem ein Absatz 8 über Sicherheits- und Allianzfragen<sup>16</sup> vor, dem sie trotz dänischer und irischer Bedenken zustimmten. Sie betonen darin, daß die Sicherheit Westeuropas z. Z. auf der Nukleargarantie und der Truppenpräsenz der USA beruht. Europa müsse daher, wenn es seine Unabhängigkeit wahren wolle, seine Verpflichtungen einhalten und in ständiger Anstrengung darauf bedacht sein, über eine angemessene Verteidigung zu verfügen.

Die neun Außenminister werden möglicherweise am Rande der NATO-Konferenz in Brüssel und voraussichtlich anlässlich der Gipfelkonferenz in Kopenhagen erneut zusammentreffen. Das nächste regelmäßige EPZ-Ministertreffen wird am 14. Februar 1974 in Bonn unter deutschem Vorsitz stattfinden.

Gablentz

**Referat 200, Bd. 108874**

<sup>16</sup> Ziffer 8 des Dokuments „Die europäische Identität“ in der von den Außenministern der EG-Mitgliedstaaten am 14. Dezember 1973 veröffentlichten Fassung: „Ein wesentliches Ziel der Neun ist die Erhaltung des Friedens; sie werden dieses Ziel jedoch nie erreichen, wenn sie ihre eigene Sicherheit vernachlässigen. Diejenigen unter ihnen, die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses sind, gehen davon aus, daß es gegenwärtig keine Alternative zu der Sicherheit gibt, die die Kernwaffen der Vereinigten Staaten und die Präsenz der nordamerikanischen Streitkräfte in Europa gewährleisten, und stimmen darin überein, daß Europa angesichts seiner relativen militärischen Verwundbarkeit, wenn es seine Unabhängigkeit bewahren will, seine Verpflichtungen einhalten und in ständiger Anstrengung darauf bedacht sein muß, über eine angemessene Verteidigung zu verfügen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 52.

**Bundesminister Eppler, z.Z. Kairo, an das Auswärtige Amt**

114-1-13041/73 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 2002

Cito

**Aufgabe: 21. November 1973, 12.30 Uhr<sup>1</sup>**

Betr.: Nahostkonflikt;

hier: Besuch von Bundesminister Eppler in Kairo vom 19. bis 21.11.1973

Bei seinem Besuch in Kairo wurde Bundesminister Eppler am 20.11.1973 von Präsident Anwar el Sadat zu einem über einstündigen Gespräch empfangen.

Bundesminister Eppler übergab nach der Begrüßung zunächst das persönliche Schreiben von Bundeskanzler Willy Brandt.<sup>2</sup> Präsident Sadat las es durch und begrüßte den Inhalt.

Sadat führte aus, daß Ägypten kein Interesse am Krieg habe. Die Souveränität von Israel werde von Ägypten nicht angetastet. Sein Eindruck sei aber trotz des ägyptischen Friedenswillens, daß alle nach der Sicherheit von Israel fragten, niemand aber nach der Sicherheit und der Souveränität Ägyptens. „Wir sind auch bereit zum Krieg.“ Die Situation ist zerbrechlich, aber wir wollen einen Weg finden. Er habe die Hoffnung, daß Europa nun eine gerechtere Sicht der Lage im Nahen Osten habe und die Tatsachen sehe. Er verlange nicht von Europa, auf der Seite der Araber zu stehen. Er bitte nur, die Tatsachen zu sehen. Ägypten habe immer beste Beziehungen zu Westdeutschland unterhalten. Leider habe es böse Ereignisse in den Beziehungen gegeben. Israel versuche, den Schuldkomplex in Westdeutschland auszubauen und auszunutzen. Westdeutschland habe Israel alles gegeben: Waffen, Geld, alles, und es habe nichts für die arabische Seite getan. Ein neues Verständnis sei nötig zwischen unseren beiden Ländern. Er habe den Wunsch zu guten Beziehungen. Was sind die deutschen Pläne? Wichtig sind vor allem die deutschen Pläne für den Wiederaufbau unseres Landes. Wir streben eine normale Zusammenarbeit an.

Bundesminister Eppler entgegnete, daß er die Gefühle des Präsidenten verstehen könne. Er habe sein Interview vom 5. April in „Newsweek“<sup>3</sup> gelesen. Es sei in Europa zum Zeitpunkt des Erscheinens vielleicht nicht ernst genug genom-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Redies vorgelegen.

2 Im Schreiben vom 16. November 1973 führte Bundeskanzler Brandt aus: „Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten sind von mir und der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik mit großer Sorge und Anteilnahme verfolgt worden. Ich hoffe zuversichtlich, daß es nun endlich möglich sein wird, einen gerechten und dauerhaften Frieden herbeizuführen, der den berechtigten Interessen aller Staaten und Völker der Region Rechnung trägt. Ich möchte Ihnen versichern, daß die Bundesregierung alle Ihre in diese Richtung weisenden Schritte begrüßt und unterstützt. Ich bin davon überzeugt, daß die internationale Gemeinschaft willens ist, die Schaffung einer endgültigen Friedensordnung im Nahen Osten voll zu unterstützen. Auch die Bundesregierung ist bereit, gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft an dieser Aufgabe mitzuwirken. Ich möchte diese Gelegenheit zum Anlaß nehmen, um Ihnen für Ihre Mithilfe zur Abwendung eines Ölembargos gegen die Bundesrepublik durch Libyen zu danken. Ich glaube nicht, daß derartige Maßnahmen geeignet gewesen wären, die auch von der Bundesregierung angestrebte Verbesserung der deutsch-libyschen Beziehungen zu fördern.“ Vgl. Referat 310, Bd. 104668.

3 Vgl. den Artikel „The Battle Is Now Inevitable“, NEWSWEEK vom 9. April 1973, S. 10 f.

men worden. Aber vielleicht widerfahre nun dasselbe von arabischer Seite dem EG-Beschluß vom 6.11.<sup>4</sup> Die Bundesregierung verstehe ihn so, wie er laute, und stehe dazu. Die Bundesregierung nehme keine pro-arabische und keine pro-israelische, sondern eine Haltung für den Frieden ein. Es sei in Europa ein Wandel in der Haltung (changing attitude) in der öffentlichen Meinung im Gang. Es bestehe Einvernehmen, daß die Sicherheit für alle Länder des Nahen Ostens gewährleistet werden müsse. Israel müsse jetzt einige Schritte tun. Die Schwierigkeit für die Bundesregierung bestehe darin, daß sie durch die Ölpolitik der Araber<sup>5</sup> in den Verdacht käme, unter Druck und nicht aus Überzeugung zu handeln. Deshalb begrüße er besonders den Wiener Beschluß<sup>6</sup>, der, wie er wisse, vor allem durch das Einwirken Ägyptens zustande gekommen sei, da er der Bundesregierung mehr politischen Spielraum im Hinblick auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik gebe. Er richtete an den Präsidenten die Frage: Was kann Europa mehr tun für den Frieden in Nahost über die Erklärung der EG hinaus?

Präsident Sadat erwiderte nicht ohne Emotionen, die Bundesregierung könne Druck auf USA und Israel für eine gerechte Lösung ausüben. Wir wollen auch nur ein Recht auf freies Leben, wir wollen nur unser Land wiederhaben.

Zeitweise habt ihr Deutschen alles vergessen, was geschichtlich zwischen unseren beiden Ländern gewachsen war. Warum wurde alles abgelehnt, was wir an Wünschen geäußert haben? Warum habt ihr alles an Israel gegeben?

Bundesminister Eppler entgegnete: Wir waren nicht glücklich über die damalige Vereinbarung, und es ist nicht so, daß wir nichts getan haben für die arabische Seite. Israel wurde gesagt, was wir über die Besetzung von arabischem Territorium gedacht haben. Der Bundeskanzler hat jetzt auch in London in diesem Sinne gewirkt.<sup>7</sup> Ich meine, daß jetzt ein guter Start für eine ausgewogene Politik gegeben sei.

Botschafter Steltzer fügte hinzu, daß sich unter der neuen Bundesregierung und seit Wiederaufnahme der Beziehungen<sup>8</sup> manches gebessert habe.

Bundesminister Eppler berichtete dann über seine Gespräche mit den israelischen<sup>9</sup> und arabischen Botschaftern. Beide Seiten haben mit den gleichen Wörtern erklärt, seines Erachtens gebe es für Israel zwei Möglichkeiten, sein Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen:

1) Es könne auf militärische Überlegenheit setzen und alle fünf bis sechs Jahre Krieg führen. Dies sei ihm 1967 gelungen<sup>10</sup>, dies sei nun schon nicht mehr ge-

<sup>4</sup> Für die Nahost-Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 363, Anm. 3.

<sup>5</sup> Zu dem gegen die Niederlande und die USA verhängten Ölboykott vgl. Dok. 345 und Dok. 346, Anm. 6.

Zur Entscheidung der Organisation Arabischer Erdöl exportierender Länder (OAPEC), die Ölproduktion einzuschränken, vgl. Dok. 345, Anm. 9, und Dok. 360, Anm. 1.

<sup>6</sup> Zum Beschuß der Organisation Arabischer Erdöl exportierender Länder (OAPEC) vom 18. November 1973 vgl. Dok. 382, Anm. 14.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsidentin Meir trafen sich im Rahmen der „Sozialistischen Internationale“ am 11. November 1973 in London. Vgl. dazu Dok. 371, Anm. 3.

<sup>8</sup> Die Bundesrepublik und Ägypten nahmen am 8. Juni 1972 die diplomatischen Beziehungen wieder auf. Vgl. dazu AAPD 1972, I, Dok. 127.

<sup>9</sup> Eliashiv Ben-Horin.

<sup>10</sup> Zum israelisch-arabischen Krieg vom 5. bis 10. Juni 1967 („Sechs-Tage-Krieg“) vgl. Dok. 15, Anm. 54.

lungen, und bei einem nächsten Krieg könnte es für Israel negativ ausgehen, so daß auf diesem Wege Israel seine Sicherheit in Zukunft nicht mehr sicherstellen könne.

2) Also gebe es nur den zweiten Weg, nämlich die Sicherheit auf politischem Wege zu erreichen. Dies könnte nicht nur allein durch Garantien der Großmächte, sondern auch durch politische Vereinbarungen zwischen Israel und den arabischen Nachbarn geschehen.

Der israelische Botschafter habe dieser Analyse im Prinzip zugestimmt. Auch die Bundesregierung sei der Meinung, daß es zu Friedensgesprächen kommen müsse. Dies habe Willy Brandt auch der israelischen Ministerpräsidentin<sup>11</sup> erklärt.

Präsident Sadat erklärte sichtlich bewegt, daß es jetzt eine sehr kritische Lage gebe in Nahost. Seit drei Jahren habe er Frieden angeboten. Israel habe die immer wieder erneuerten Angebote abgewiesen. Offenbar habe kein Land seinen Friedenswillen wirklich ernstgenommen. Wir haben nun Krieg geführt und wollen nur Gerechtigkeit. Wann wollt ihr endlich helfen, daß auch uns Gerechtigkeit widerfährt? Sagt Israel, sie sollen ihre Truppen zurückziehen. Wir können Freunde und auch Feinde sein. Eine neue Epoche (new epoch in our relations) steht in unseren Beziehungen bevor.

Präsident Sadat berichtete erregt, daß er wegen seiner pro-deutschen Haltung angeklagt worden sei, und verwies auf sein persönliches Schicksal. Er habe in allen Bereichen sich sehr viel von Deutschland versprochen, aber was sei in den letzten sechs Jahren passiert? Ich habe die deutsche Mentalität bewundert. Das Verhalten der Deutschen in den letzten sechs Jahren hat Bitterkeit (bitterness) in mir entstehen lassen. Er hoffe für die Zukunft, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ägypten auf einer besseren Basis und einem besseren gegenseitigen Verständnis beruhen mögen (on better basis and understanding).

Am Schluß erkundigte sich Präsident Sadat nach dem Kanzlerbesuch. Als BM Eppler sagte, daß der Reiseplan des Bundeskanzlers für 1974 noch nicht festgelegt sei, sagte Präsident Sadat, Bundeskanzler Willy Brandt sei jederzeit herzlich willkommen.<sup>12</sup>

[gez.] Eppler

VS-Bd. 9988 (310)

11 Golda Meir.

12 Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 21. bis 24. April 1974 in Ägypten auf. Für die Gespräche mit Präsident Sadat und dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Riad, am 21./22. April 1974 in Kairo vgl. AAPD 1974.

### Gespräch des Bundesministers Scheel mit Premierminister Heath in London

105-110.A/73 VS-vertraulich

22. November 1973<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen traf am 22. November 1973 um 15.40 Uhr in London im Unterhaus mit dem britischen Premierminister Heath zu einem Gespräch zusammen, an dem Botschafter von Hase und Botschafter Sir Nicholas Henderson teilnahmen.<sup>2</sup>

Der Herr *Minister* erwähnte eingangs die erfolgreiche Kopenhagener Konferenz<sup>3</sup>, die eine gewisse Bereitschaft der Franzosen habe deutlich werden lassen, in verschiedenen außenpolitischen Fragen näher an die Gemeinschaft und die anderen Partner heranzurücken. Er erwähnte ferner sein jüngstes Vier-Augen-Gespräch mit Jobert<sup>4</sup>, in dem er die deutschen Vorstellungen zu Sicherheits- und Verteidigungsfragen dargelegt und sich gleichzeitig nach der französischen Haltung zu einer Harmonisierung der Verteidigungspolitik erkundigt habe. Wie im außenpolitischen Bereich sollte auch auf dem Verteidigungssektor etwas geschehen, damit 1980<sup>5</sup> ein europäischer Verteidigungsminister etwas vorfände. Joberts Äußerungen hätten die Bereitschaft zu erkennen gegeben, bis 1980 unter Zugrundelegung konföderativer Prinzipien vorzugehen, ohne dies jedoch ausdrücklich zu sagen. Der Herr Bundesminister fragte, wie sich Präsident Pompidou zu dieser Frage geäußert habe.

Der *Premierminister* erwiderte, man habe lange über dieses Thema gesprochen.<sup>6</sup> In manchen außenpolitischen Fragen habe Großbritannien eine gewisse Hilfestellung geleistet, z. B. in der Frage der europäischen Identität, was Jobert in die Lage versetzt habe, auf Pompidou einzuwirken. Als Jobert seine Rede vor der Nationalversammlung<sup>7</sup> gehalten habe, sei die Angelegenheit noch nicht ausdiskutiert gewesen, insbesondere nicht mit dem Verteidigungsministerium, so daß Jobert nur laut gedacht habe. Inzwischen hätten die Franzosen aber erkannt, daß in die politische Zusammenarbeit auch die Verteidigung einzbezogen werden müsse. Sie wüßten jedoch noch nicht, welchen Weg sie in der Praxis einschlagen sollten. Aus politischen Gründen (Debré) erscheine ihnen

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 24. November 1973 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hallier am 27. November 1973 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundesminister Scheel hielt sich am 22./23. November 1973 auf Einladung des britischen Außenministers Douglas-Home in London auf. Vgl. dazu auch Dok. 388.

<sup>3</sup> Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 20. November 1973 vgl. Dok. 383.

<sup>4</sup> Für die Gespräche des Bundesministers Scheel mit dem französischen Außenminister Jobert am 9. November 1973 in Paris vgl. Dok. 367 und Dok. 368.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Ziffer 16 der Erklärung der europäischen Gipfelkonferenz am 19./20. Oktober 1972 in Paris; Dok. 18, Anm. 11.

<sup>6</sup> Staatspräsident Pompidou hielt sich am 16./17. November 1973 in Begleitung von Außenminister Jobert zu Gesprächen mit Premierminister Heath in Chequers auf.

<sup>7</sup> Zur Rede des französischen Außenministers Jobert vom 19. Juni 1973 vgl. Dok. 198, Anm. 32, sowie Dok. 201, Anm. 7 und 8.

die Eurogroup kein gangbarer Weg. Sie dürften noch auf der Suche nach geeigneten Methoden sein.

Der Herr *Minister* erklärte, deutscherseits wolle man Verteidigungsfragen nicht in der WEU, sondern in der Eurogroup erörtern. Vielleicht lasse sich auch ein Weg finden, mit der Erörterung dieses Themas unter den Neun zu beginnen.

Wie der *Premierminister* erklärte, betrachte Pompidou den Kopenhagener Gipfel<sup>8</sup> als ungeeignet für eine Erörterung von Fragen der Verteidigung.

Der Herr *Minister* betonte, daß auch wir das Thema in Kopenhagen nicht erörtern wollten.

Der *Premierminister* bezeichnete Pompidous Reaktion als ermutigend, da er zum ersten Mal überhaupt über dieses Thema gesprochen habe.

Der Herr *Minister* sagte, er habe mit Jobert über die Frage ausführlich gesprochen. Dieser habe ihm gesagt, Pompidou teile seine (Bundesminister) Analyse. Man müsse aber sehr behutsam vorgehen. Der Herr *Minister* fragte sodann nach Pompidous Reaktion auf die Energiekrise.<sup>9</sup>

Der *Premierminister* erwiderte, über die Auswirkungen, die für die Zahlungsbilanzposition der Gemeinschaft entstünden, sei man sich einig gewesen, ganz abgesehen von der übereinstimmenden Beurteilung der allgemeinen Bedeutung und Wirkung für die Gemeinschaft.

Der Herr *Bundesminister* sagte, eine Umstellung auf andere Energiequellen brauche Zeit, und für die nächsten zehn Jahre sei man auch weiter auf Öl angewiesen. Die westlichen Länder dürften gegenüber den Öllieferländern nicht als Konkurrenten auftreten, die gegenseitig die Preise hochtrieben. Großbritannien spielt eine Schlüsselrolle, da eine der großen Ölgesellschaften hier ihren Sitz habe. Er halte es für zweckmäßig, wenn die Frage einer gemeinschaftlichen Energiepolitik bald aufgegriffen werde.

Der *Premierminister* unterstrich, daß sich auch die Vereinigten Staaten und Japan an einer gemeinsamen Ölpolitik beteiligen müßten. Er erwähnte die Beziehungen amerikanischer Gesellschaften, für nigerianisches Öl das Vierfache des normalen Preises zu zahlen.

Das Gespräch endete kurz nach 16.00 Uhr.

**VS-Bd. 14054 (Ministerbüro)**

<sup>8</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 14./15. Dezember 1973 vgl. Dok. 422.

<sup>9</sup> Zu dem gegen die Niederlande und die USA verhängten Ölboykott vgl. Dok. 345 und Dok. 346, Anm. 6.

Zur Entscheidung der Organisation Arabischer Erdöl exportierender Länder (OAPEC), die Ölproduktion einzuschränken, vgl. Dok. 345, Anm. 9, und Dok. 360, Anm. 1. Vgl. dazu ferner Dok. 382, Anm. 14.

**Botschafter Roth an die Botschaft in Wien****221-372.20/31-3399I/73 VS-vertraulich      Aufgabe: 22. November 1973, 19.28 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 4257 Plurex****Citissime**

Betr.: MBFR;

hier: Rahmenvorschlag<sup>2</sup>Bezug: DB 817 vom 21.11.1973 VS-v<sup>3</sup>

In der Anlage wird die hier überarbeitete deutsche Fassung der am 22.11. in Wien eingeführten Rahmenvorschläge übermittelt.<sup>4</sup>

Folgt Anlage:

**Rahmenvorschläge**

Vorgelegt am 22. November 1973 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Kanada, Luxemburg, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten.

Es wird vorgeschlagen, daß das Übereinkommen folgende Bestandteile enthält:

<sup>1</sup> Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ruth konzipiert, der am 22. November 1973 handschriftlich vermerkte: „Kann abgehen“.

<sup>2</sup> Am 16. November 1973 informierte Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation), über einen von der MBFR-Ad-hoc-Gruppe der NATO ausgearbeiteten Verhandlungsvorschlag: „1) Die Ad-hoc-Gruppe verabschiedete am 16.11. den folgenden Entwurf des ‚framework proposal‘ und eines erläuternden Berichts an den NATO-Rat. [...] Nach Ansicht der Gruppe spricht die taktische Lage dafür, den Rahmenvorschlag der NATO in der Plenarsitzung am kommenden Donnerstag, den 22.11., vorzulegen. Dies setzte eine Entscheidung des NATO-Rats bis Mittwoch, den 21.11., voraus. 2) Es ist vorgesehen, das als Memorandum zu bezeichnende Rahmenverhandlungsprogramm mit einer vom amerikanischen Botschafter abzugebenden längeren Erläuterung einzuführen [...]. Das ‚framework proposal‘ enthält gleichwohl neben den Vorschlägen im engeren Sinne Erwägungen zu ihrer Begründung. Diese Methodik der Präsentation wurde auch im Hinblick darauf gewählt, daß es notwendig werden könnte, den westlichen Verhandlungsvorschlag zu veröffentlichen. Ohne Begründung würden die westlichen Vorschläge für die Reduzierungsmodalitäten auf beiden Seiten als unfair und willkürlich erscheinen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 795; VS-Bd. 9434 (221); B 150, Aktenkopien 1973.

<sup>3</sup> Botschaftsrat Hofmann, Wien (MBFR-Delegation), übersandte den „Entwurf der deutschen Fassung der am 21.11. vom NATO-Rat gebilligten Rahmenvorschläge“ für ein MBFR-Abkommen mit der Bitte um Weisung. Vgl. den Drahtbericht Nr. 817; VS-Bd. 9434 (221); B 150, Aktenkopien 1973.

<sup>4</sup> Am 22. November 1973 vermerkte Botschafter Roth in einer Aufzeichnung für Staatssekretär Frank: „Auf der MBFR-Plenarsitzung in Wien vom 22. November wurden die am 21. November vom NATO-Rat gebilligten Rahmenvorschläge eingebracht. Die Vorschläge wurden vom Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Resor, begründet. Wie die Eröffnungserklärungen der NATO-Mitglieder und die seither abgegebenen Stellungnahmen zu einzelnen Themen beruhen auch die Rahmenvorschläge auf dem am 16. Oktober 1973 vom NATO-Rat verabschiedeten Verhandlungsdokument ‚Alliance Approach to Negotiations of MBFR‘. Der Bundessicherheitsrat hatte sich auf seiner Sitzung am 10. September mit der Verhandlungsposition der NATO befaßt. Am 18. Oktober wurden die Mitglieder des Bundessicherheitsrates im Umlaufverfahren über das Verhandlungspapier der NATO unterrichtet. Das Kabinett wurde über den Stand der MBFR-Diskussionen auf seiner Sitzung vom 15. November informiert.“ Vgl. VS-Bd. 9434 (221); B 150, Aktenkopien 1973.

### 1) Raum

Der Raum, in dem Verminderungen stattfinden würden, soll das Gebiet Belgiens, der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, Luxemburgs, der Niederlande, Polens und der Tschechoslowakei umfassen.

Die Frage, wie und im welchem Maße Ungarn in künftige Entscheidungen, Übereinkommen oder Maßnahmen einbezogen werden wird, muß noch geprüft und entschieden werden.

### 2) Zu vermindernende Streitkräfte

Verminderungen sollen bei den Landstreitkräften beider Seiten in Mitteleuropa erfolgen.

Diese Streitkräfte bilden das umfangreichste und bedeutendste militärische Element im Raum der Verminderungen. Ohne Landstreitkräfte kann ein Gebiet weder eingenommen noch gehalten werden. Das Vermindern von Landstreitkräften wird es ermöglichen, den komplexen Verhandlungsgegenstand am wirksamsten zu behandeln.

Verminderungen von Landstreitkräften sollen so beschaffen sein, daß sie die hauptsächlichen Disparitäten im Personalbestand, in der Eigenart der Streitkräfte und in den geographischen Gegebenheiten, welche die Instabilität der bestehenden Situation bewirken, beseitigen, abbauen oder ausgleichen. Diese Disparitäten sind so groß, daß Billigkeit und das Kriterium der unverminderten Sicherheit ihre volle Berücksichtigung<sup>5</sup> erfordern.

### 3) Übereinstimmende Höchststärke (common ceiling)

Die Verhandlungen sollen darauf abzielen, unter Berücksichtigung der Kampfkraft einen ungefähren Gleichstand beider Seiten in Form einer übereinstimmenden Höchststärke des gesamten Personalbestands der Landstreitkräfte jeder Seite im Raum der Verminderungen herbeizuführen.

Die übereinstimmende Höchststärke soll auf einer niedrigeren Ebene des Streitkräfteumfangs festgelegt werden. Diese Höchststärke könnte auf etwa 700 000 Soldaten auf jeder Seite festgesetzt werden.

Die vorgeschlagene übereinstimmende Höchststärke würde durch die Beseitigung der bestehenden Disparitäten im Personalbestand der Landstreitkräfte zu stabileren Beziehungen und zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa beitragen. Auf der vorgeschlagenen Ebene würde jede Seite eine ausreichende Verteidigungskapazität behalten, um ihre Fähigkeit zu gewährleisten, sich gegen einen Angriff zu verteidigen.

### 4) Umfang und zeitlicher Ablauf

Verminderungen auf die vereinbarte übereinstimmende Höchststärke sollen in zwei aufeinanderfolgenden Phasen verhandelt werden, die durch getrennte Übereinkommen abgeschlossen werden.

Die Verminderungen sollen in jeder Phase erheblich und bedeutend, jedoch nicht so umfangreich sein, daß sie unpraktikabel oder in ihren Auswirkungen unberechenbar wären.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „Berücksichtigkeit“.

### 5) Sowjetische und amerikanische Landstreitkräfte

Das Übereinkommen über die erste Phase soll Verminderungen sowjetischer und amerikanischer Landstreitkräfte in dem Raum vorsehen.

### 6) Sowjetische Verminderungen

Die UdSSR würde aus dem Raum der Verminderungen eine aus fünf Divisionen bestehende Panzerarmee mit etwa 68 000 sowjetischen Soldaten und 1700 Kampfpanzern abziehen. Das wären etwa 15 Prozent der gesamten sowjetischen Landstreitkräfte von 460 000 Soldaten im Raum der Verminderungen.

Dieser Verminderungsvorschlag zielt darauf ab, die gegenwärtig zwischen beiden Seiten in Mitteleuropa bestehenden großen Disparitäten bei den Landstreitkräften in Personalbestand und Panzern abzubauen. Die östliche Seite unterhält in dem Raum 15 500 Kampfpanzer in aktiven Einheiten, der Westen hingegen nur 6000.

Der Abbau dieser Disparitäten wäre ein wichtiger Schritt zu größerem gegenseitigen Vertrauen, zu erhöhter Stabilität und zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Mitteleuropa.

### 7) Verminderungen der Vereinigten Staaten

Die Vereinigten Staaten würden aus dem Raum der Verminderungen ebenfalls etwa 15 Prozent des gesamten Personalbestandes ihrer Landstreitkräfte von 193 000 Soldaten im Raum der Verminderungen abziehen, das heißt etwa 29 000 Soldaten.

Die Ostküste der Vereinigten Staaten ist von der Trennungslinie in Mitteleuropa mehr als 5000 Kilometer entfernt, während die Westgrenze der UdSSR nur 650 Kilometer Landstrecke von dieser Linie entfernt ist. Um diese geographische Disparität ausgleichen zu helfen, würden die amerikanischen Soldaten einzeln oder in Einheiten abgezogen und ihre Ausrüstung könnte im Raum der Verminderungen gelagert und gewartet werden.

### 8) Andere sich aus den Verminderungen ergebende Sicherheitsaspekte

In keinem erzielten Übereinkommen darf der Abzug von Streitkräften aus dem Raum der Verminderungen die Sicherheit der mit besonderem Status teilnehmenden Staaten<sup>6</sup> beeinträchtigen.

### 9) Zusammenhängende Maßnahmen

Es wurde vereinbart, daß zusammenhängende Maßnahmen zum Verhandlungsgegenstand gehören. Derartige Maßnahmen, die einen integralen Bestandteil der Verhandlungen und zukünftiger Übereinkommen bilden würden, lägen im Interesse beider Seiten. Es soll daher Übereinstimmung über Maßnahmen erzielt werden, die

a) gegenseitiges Vertrauen schaffen und die Stabilität erhöhen, indem sie die Furcht vor Überraschungsangriffen und die Gefahr von Mißverständnissen verringern, die sich zum Beispiel aus mehrdeutigen militärischen Aktivitäten ergeben;

b) geeignete Verifikationsbestimmungen vorsehen, deren Modalitäten und Ausmaß von Inhalt und Natur eines Übereinkommens abhängen sollen;

<sup>6</sup> Bulgarien, Dänemark, Griechenland, Italien, Norwegen, Rumänien, Türkei und Ungarn.

c) gewährleisten, daß derartige Übereinkommen weder umgangen noch ausgehöhlt werden.

Spezifische Vorschläge zum Inhalt solcher Maßnahmen werden im Verlauf der Verhandlungen vorgelegt.

10) Vorkehrung für eine zweite Verhandlungsphase

Das Übereinkommen über die erste Phase soll der erste Schritt zur Herbeiführung einer übereinstimmenden Höchststärke des gesamten Personalbestands der Landstreitkräfte beider Seiten im Raum der Verminderungen, wie in Absatz 3 vorgeschlagen, darstellen. Es soll eine Vereinbarung über das Konzept einer derartigen übereinstimmenden Höchststärke enthalten. Es soll auch eine Vereinbarung über die Fortsetzung der Verhandlungen in einer zweiten Phase enthalten, in der sich beide Seiten auf die weitere Verminderung ihrer Landstreitkräfte im Raum der Verminderungen einigen würden.

Die zweite Verhandlungsphase soll dafür Sorge tragen, daß die Entwicklung zur vereinbarten übereinstimmenden Höchststärke vollendet wird.

[gez.] Roth

**VS-Bd. 9434 (221)**

387

**Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt**

**114-1-13070/73 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 3519**

**Aufgabe: 23. November 1973, 19.20 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 24. November 1973, 07.47 Uhr**

Betr.: Französische Nuklearwaffen

I. 1) Gesprächspartner im Stab des Nationalen Sicherheitsrats sagte Mitarbeiter im Rahmen eines Tour d'horizon (ohne hiernach gefragt zu sein), Paris befindet sich bei der politischen Nutzbarmachung seiner Nuklearwaffen in einem Dilemma. Die sich aus den Leitlinien der französischen Politik ergebende Gesamtkonstellation verhindere jegliche Entwicklung. Diese Leitlinien seien:

- keinerlei wie auch immer geartete Einflußnahme der Bundesrepublik auf die französischen Kernwaffen – dies schließe die politische Verwendbarkeit bei der europäischen Einigung weitgehend aus;
- keinerlei Abhängigkeit von den USA – dies verhindere ein amerikanisch-französisches oder britisch-französisches Zusammenwirken.

Daher bleibe Frankreich nichts als die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pfeffer vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat Hartmann vermerkte: „Bitte R[ücksprache] vor Verteiler.“ Hat Hartmann vorgelegen.

2) Die USA würden ein engeres britisch-französisches Zusammensehen sicherlich fördern, wenn sich diese Frage stelle.<sup>2</sup> Sie würden auch keine Bedenken haben, wenn sich Briten und Franzosen z.B. entschließen sollten, gemeinsam ein neues Trägersystem für ihre kernwaffentragenden U-Boote zu entwickeln. Washington würde die beiden europäischen Partner in einem solchen Fall in gleicher Weise unterstützen. Dies könnte allerdings zu inneramerikanischen Auseinandersetzungen führen. Sicherlich wäre es angesichts der restriktiven Haltung des Kongresses der schlechteste Weg, eine Änderung der Atomenergiegesetzgebung anzustreben. Die Regierung könnte Paris und London aber ggf. „im Verborgenen“ recht behilflich sein.

3) Im Hinblick auf die Strategie liege es durchaus im amerikanischen Interesse, zusätzlich zu der Schwelle der amerikanischen strategischen Kernwaffen und der amerikanischen taktischen Kernwaffen eine dritte Schwelle britisch-französischer Kernwaffen einzuziehen. Dies sei für alle Allianzpartner ein Vorteil, weil die Glaubwürdigkeit der Abschreckung dadurch erhöht werden könnte.

4) Es sei möglich, daß sich für die Bundesrepublik Probleme ergeben könnten, weil eine solche Dreistufung wie ein Schritt auf den Wegen des „Abkoppelns“ Europas von den amerikanischen strategischen Kernwaffen verstanden werden könnte. Auch würde es uns wohl Schwierigkeiten bereiten, wenn wir uns wegen unserer nuklearen Sicherheit mehr als bisher an London und Paris halten müßten. Gegenüber solcher Bedenken sei aber zu berücksichtigen,

- daß es angesichts der bestehenden deutsch-amerikanischen Arrangements nach wie vor eine enge bilaterale Zusammenarbeit mit den USA hinsichtlich der taktischen Kernwaffen geben werde,
- daß die Präsenz der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik eine feste Verbindung zum amerikanischen strategischen Potential sicherstelle.

5) Eine große Frage sei, inwieweit Moskau eine Weiterentwicklung der britischen und der französischen Kernwaffenstreitmacht dulden würde. Angesichts des sowjetischen Verhaltens in den SALT sei diese Frage wohl leider negativ zu beantworten.

II. An der Darstellung des Gesprächspartners, die weitgehend Kissingers Denkweise widerspiegeln dürfte, fällt auf, daß westeuropäische Zusammenarbeit im Kernwaffenbereich im wesentlichen abhängig gemacht wurde von französischer Initiative und dem Ausmaß sowjetischer Duldung, bei grundsätzlich positiver, wenn auch passiver amerikanischer Haltung.

Ich kann nicht ganz ausschließen, daß die Erwähnung fortbestehender enger bilateraler deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit im Kernwaffenbereich (siehe I. 4) auf möglicherweise bereits vorhandene konkretere amerikanische Vorstellungen für eine engere Zusammenarbeit mit Briten und Franzosen hindeutet.

[gez.] Staden

**VS-Bd. 8186 (201)**

<sup>2</sup> Zur amerikanischen Position vgl. Dok. 136, Anm. 14.

**Botschafter von Hase, London, an das Auswärtige Amt**

114-1-13073/73 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 2982

Cito

Aufgabe: 23. November 1973, 20.52 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 24. November 1973, 11.46 Uhr

Betr.: Gespräche BM Scheels in London

**Zur Information**

I. BM Scheel, begleitet von seiner Frau, führte auf Einladung von Sir Alec Douglas-Home am 22. und 23.11. Besprechungen mit der britischen Regierung. Im Mittelpunkt des Besuchs standen zwei Gesprächsrunden im Kreis der Delegationen im Foreign Office, an denen auf britischer Seite neben Sir Alec Staatsminister Amery, PStS Royle, Staatssekretär Sir Thomas Brimelow, MD Sir John Killick und ihre Mitarbeiter teilnahmen. BM Scheel traf im Unterhaus mit Premierminister Heath<sup>2</sup> und später mit dem Führer der Liberalen Partei, Jeremy Thorpe, zusammen. Eine weitere Unterhaltung führte er (mit Delegation) mit Europaminister Davies. Er beantwortete in zwei Treffen Fragen der diplomatischen Korrespondenten der britischen Presse und der deutschen Korrespondenten in London. Am Abend des 22.11. nahm er als Ehrengast gemeinsam mit Sir Alec am Jahres-Dinner der Anglo-German Association mit 500 Gästen teil.

II. Aus den Gesprächen mit Sir Alec Douglas-Home und Europaminister Davies halte ich fest:

**1) Europäisch-amerikanisches Verhältnis:**

Die Grundfragen waren, wieweit die aus dem Nahost-Konflikt entstandene europäisch-amerikanische Verstimmung noch fortwirkt, wie sie zu beheben ist und wie im Verhältnis Europa – USA weiter prozediert werden soll.

Zu den Ursachen stimmten BM Scheel und Sir Alec überein, daß hier die verschiedene Interessenlage Europas und der USA bezüglich Nahost zutage getreten ist. Als weitere Dimension wies Sir Alec auf die tiefstzende amerikanische Enttäuschung über die in US-Sicht unbefriedigende europäische Aufnahme der Initiative Kissingers vom April 1973<sup>3</sup> hin, mit der dieser nach den amerikanischen Dialogen mit der Sowjetunion und China die bleibende und besondere Bedeutung Europas für die USA habe unterstreichen wollen. Die Amerikaner erwarteten in britischer Beurteilung, daß Europa die USA aus der moralischen Allianzverpflichtung heraus überall in der Welt unterstütze. BM Scheel: Berechtigung dieser Erwartung dahingestellt, setze sie einen engen konsultativen Kontakt voraus, an dem es die USA – anders als etwa in der Deutschland- und Berlinpolitik – in Nahost-Fragen Europa gegenüber fehlen gelassen habe. Beide Minister waren sich des nie ausgesprochenen Verdachtes der Europäer be-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Citron am 26. November 1973 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für das Gespräch am 22. November 1973 vgl. Dok. 385.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Rede des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Kissinger, am 23. April 1973 in New York, Dok. 118.

wußt, daß die USA mit ihren Anregungen eine weltweite Machtstruktur mit den Zentren USA und Sowjetunion und unter dem Dach amerikanisch-sowjetischer Kooperation anvisiere.

Zum weiteren Vorgehen: BM Scheel regte an, mit Kissinger offen zu sprechen. Auf diese Weise könne ein solches Mißtrauen am ehesten ausgeräumt werden. BM Scheel und Sir Alec waren sich einig, daß dabei vorsichtig vorgegangen werden muß: Es müsse sowohl vermieden werden, daß sich die amerikanische Enttäuschung zum Nachteil der gemeinsamen Sicherheit vertiefe, als auch, daß die amerikanische Fehlbeurteilung gestärkt werde, Europa „gängeln“ zu können. Insgesamt (BM Scheel) solle auf das amerikanische Angebot zur soliden Fundierung des atlantischen Verhältnisses in konstruktiver Weise eingegangen werden.

Zur Form der europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit fragte Sir Alec, ob hier die bewährte Bonner Vierergruppe für die künftige „Maschinerie Europa-USA“ nicht Modell sein könne. BM Scheel: Die derzeit laufende Vorbereitung der Erklärung USA-Neun (Zusammenwirken des PZ-Kreises mit den USA-Befamten)<sup>4</sup> könne vielleicht ein solches Modell werden.

Übereinstimmung, daß die Vorbereitung für den Nixon-Besuch und Fertigstellung der Erklärungen mit Priorität zu betreiben sind. In ihnen müsse auch die Doppelfunktion der USA – weltweit und in der NATO – und das Verhältnis der Europäer hierzu geklärt werden.

Als Ziel gelte: Dauerhafte Konstruktion der Zusammenarbeit auf gleichberechtigter euro-amerikanischer Basis.

## 2) Europäische Verteidigungspolitik:

Der Meinungsaustausch hierzu, von BM Scheel angeregt, stand im Gespräch mit Sir Alec im Vordergrund. BM Scheel erläuterte: 1980 werde es ein föderiertes Europa mit europäischer Regierung geben.<sup>5</sup> Dies sei auch die Idee Pompidous.

Trotz der besonderen Schwierigkeit des Verteidigungsaspekts müßten wir schon heute die europäischen Verteidigungsvorstellungen nach diesem Ziel orientieren. In der Außenpolitik sei durch die PZ bereits eine gewisse Harmonisierungs-Automatik ausgelöst, so daß ein europäischer Außenminister 1980 ein operatives Instrument vorfinde. Anders sei es in der Verteidigungspolitik. Hier bestehe die französische Sonderposition.<sup>6</sup> Irland stehe außerhalb der NATO.

Demgegenüber ständen als Integrationsfaktoren die Eurogroup, die WEU und der Neunerrahmen. Die Probleme seien schwierig und komplex. Sowohl bei der nuklearen als auch bei der konventionellen Komponente. Gleichwohl müßten die verteidigungspolitischen Überlegungen schon heute angefaßt werden. Aus praktischen Gründen scheide die WEU als Basis aus.

Daher hätten wir uns auf die Eurogroup zu konzentrieren und die Frage einer Einbeziehung der Verteidigungspolitik in den Neunerrahmen zu prüfen. Nach

<sup>4</sup> Zum Stand der Erörterung einer transatlantischen Erklärung zwischen Vertretern der EG-Mitgliedstaaten und der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 377.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Ziffer 16 der Erklärung der europäischen Gipfelkonferenz am 19./20. Oktober 1972 in Paris; Dok. 18, Anm. 11.

<sup>6</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

seinem, BM Scheels, Eindruck sei Frankreich zum Nachdenken hierüber bereit. Wie seien die britischen Vorstellungen?

Hätten Heath und Pompidou in Chequers<sup>7</sup> ähnliche Gedanken entwickelt? Jobert habe ihm gegenüber vorsichtige Zustimmung zu dem Gesamtkonzept geäußert.<sup>8</sup> Diese Überlegung bedeute für uns selbstverständlich nicht, daß wir uns für 1980 auf ein Europa einstellten, das seine Verteidigungspolitik ganz auf sich allein stelle. Wohl aber müsse ein eigenes Konzept und eine Basis für die Durchführung geschaffen werden.

Sir Alec: Entscheidend sei der praktische Fortschritt. PM Heath habe gestern an den Bundeskanzler über sein Treffen mit Pompidou in Chequers geschrieben.<sup>9</sup>

Der Fortschritt liege darin, daß die Franzosen sich jetzt zur Erörterung verteidigungspolitischer Europa-Fragen bereitfänden.<sup>10</sup> Die grundsätzliche Widersprüchlichkeit in der französischen Politik – Ablehnung der festen Bindung an die USA, zugleich aber auch große Zurückhaltung bei gemeinsamen europäischen Verteidigungsinitiativen – bleibe noch bestehen. Über die mangelnde Eignung der WEU als Basis dächten die Briten wie wir. Die Franzosen müßten in zahlreichen weiteren Erörterungen dazu gebracht werden, sich klar zu äußern, was sie wirklich wollten. Erforderlich sei eine gesteigerte europäische Anstrengung, um Europa bei der gegebenen europäisch-amerikanischen Interdependenz eine bessere Position zu verschaffen. Auch die nukleare Komponente müsse einbezogen werden. Zwar sei auch ab 1980 kein „europäischer nuklearer Arm“ (mit einem Europäer am Drücker) denkbar, wohl aber ein hochkoordiniertes nukleares System.

Im Ergebnis: Feststellung, daß aufgrund des französischen Umdenkens jetzt eine reale Chance bestehe. Viele bilaterale deutsch-britische, deutsch-französische, britisch-französische Konsultationen seien aber noch notwendig. Die „Drei“ müßten sich in erster Linie Gedanken machen. Diese Kontakte müßten freilich sehr vertraulich bleiben. Die Hauptaufgabe werde sein, die französische Furcht zu beseitigen, daß eine Annäherung an die Eurogroup von der öffentlichen Meinung als tiefer Wandel der französischen Politik aufgefaßt würde. Die sinnvollste Form sei (nach BM Scheels Auffassung) eine allmähliche Annäherung der Eurogroup an den Neunerrahmen. Organisationsfragen seien aber jetzt noch verfrüht. Man müsse vorsichtig vorgehen und nicht zu delikate Fragen stellen. Die Hoffnung auf eine vernünftige Bewegung in die richtige Richtung sei aber gegeben.

Zur nuklearen Komponente stimmte BM Scheel Sir Alec zu, daß ein Konzept „ein Mann am europäischen Drücker“ wohl auch 1980 nicht realisierbar sei. Gleichwohl sei in der europäischen Entwicklung auf lange Sicht ein so hoher Grad politischer Zusammenarbeit erreichbar, daß diese Frage später mit ein-

<sup>7</sup> Staatspräsident Pompidou hielt sich am 16./17. November 1973 zu Gesprächen mit Premierminister Heath in Chequers auf.

<sup>8</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem französischen Außenminister Jobert am 9. November 1973 in Paris; Dok. 367.

<sup>9</sup> Für das Schreiben vom 22. November 1973 vgl. VS-Bd. 14054 (Ministerbüro).

<sup>10</sup> Zur französischen Haltung hinsichtlich einer verstärkten verteidigungspolitischen Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 300.

bezogen werden könne. Je mehr Fortschritte in der Rüstungskooperation auf europäischer Ebene erzielt würden, um so attraktiver werde die Multilateralität für die Franzosen. Nur wenn die Franzosen hier mitarbeiteten, könne die deutsche Seite vermeiden, in der deutsch-französischen Rüstungskooperation (Elysée-Vertrag)<sup>11</sup> unter Umständen zu wenig zu tun.

3) Fragen der Europäischen Gemeinschaften: Erörterung ging davon aus, daß (Davies) „ein kritischer Moment der europäischen Entwicklung“ erreicht sei: Die Entscheidungen über die WWU, die Regional-, Agrar-, Sozial-Politik ständen an, ferner die Fragen des Verhältnisses von Kommission und PZ, der Verbesserung der Institutionen, der Stärkung des Europäischen Parlaments. Sir Alec: wichtige Frage, was am Jahresende an europäischen Fortschritten vorgezeigt werden könne.

a) Europäisches Parlament: Hierzu stellte BM Scheel Übereinstimmung fest, daß das Europäische Parlament mehr Zuständigkeiten erhalten müsse, die von den nationalen Parlamenten schon vor Einrichtung direkter Wahlen abzugeben wären. Am 1.1.1975 müsse das EP Kontroll- und legislative Funktionen haben.<sup>12</sup>

Notwendig, daß kostenverursachende Entscheidungen im Rahmen des EP zustimmungsbedürftig werden. Weitere Stärkungsmöglichkeiten des EP lägen in der Kontrolle der Finanzgarantie der Gemeinschaften (Davies: eine Art „europäischer Rechungshof“ sei einzurichten).

b) Regionalfonds: BM Scheel bezeichnete die hierzu bestehenden Vorschläge als unbefriedigend.<sup>13</sup> In günstiger Position sei nur Frankreich, das mindestens ebenso viel erhalte wie es einzahlte. Dies sei ungünstig für die anderen. Aus deutscher Sicht daher erforderlich, die vom Regionalfonds bedachten Regionen strengerer Beurteilung zu unterwerfen.<sup>14</sup> Es sei nicht nützlich, die Hälfte der EG dem Regionalfonds zu unterstellen. Bei strengerer Kategorisierung ergebe sich ein besseres Arbeiten, auch wenn die Bundesrepublik gar nicht mehr berücksichtigt werde. Für Großbritannien blieben dann immer noch Schottland, Wales und Teile von Nordengland förderungswürdig. Zum Volumen gingen wir bislang mit den Briten nicht einig. Großbritannien sei der Betrag zu niedrig,

11 Vgl. dazu Teil II B des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963; Dok. 201, Anm. 5.

12 Zur Haltung des Europäischen Parlaments hinsichtlich einer Stärkung seiner Befugnisse vgl. Dok. 361, Anm. 27.

13 Am 26. Juli 1973 teilte Botschafter Lebsanft, Brüssel (EG), mit, daß sich die EG-Kommission geeinigt habe, „für den Regionalfonds ein Volumen für einen Dreijahreszeitraum von insgesamt 2250 Mio. RE“ vorzuschlagen, „wobei diese Summe progressiv ausgegeben werden soll, und zwar im ersten Jahr 500 Mio. RE, im zweiten Jahr 750 Mio. RE und im dritten Jahr 1000 Mio. RE.“ Dabei sollten sowohl industrielle Investitionen als auch Infrastrukturvorhaben unterstützt werden. Die Voraussetzung für eine Förderung sei, „daß es sich um Gebiete handelt, die auch national gefördert werden, sowie daß in diesen Gebieten das BSP pro Kopf unterhalb des Durchschnitts der gesamten Gemeinschaft liegt. Das Projekt muß ferner in ein Regionalprogramm des jeweiligen Mitgliedstaates eingebunden sein, das wiederum vorher von der Kommission genehmigt werden muß.“ Ferner gingen Zuwendungen an „Projekte in Gebieten mit regionalen Ungleichgewichten, die sich aus überwiegend landwirtschaftlichem Charakter, industriellen Wandlungen und struktureller Unterbeschäftigung ergeben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2692; Ministerbüro, Bd. 178579.

14 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

uns zu hoch. Aber es gelte, was der Bundeskanzler mit Heath<sup>15</sup> besprochen habe: daß wir in dieser Frage zur konstruktiven Mitwirkung bereit seien.

c) WWU: BM Scheel bestätigte die Ausführungen des Bundeskanzlers, daß nach unserer Ansicht in der neuen Phase<sup>16</sup> nicht nur konsolidierende, sondern darüber hinausführende Schritte getan werden müßten. Gleichwohl werfe das Gebiet sehr komplizierte Fragen auf (Währungsfonds, kurzfristiger Beistand, alles erst lösbar nach Rückkehr der drei außerhalb der Schlange operierenden Länder<sup>17</sup>, was wiederum von der Konsolidierung der Zahlungsbilanzen abhänge). Im ganzen sei es verfrüht, hier im einzelnen Stellung zu nehmen. Die deutsche Seite sei kooperationsbereit.

d) Sozialpolitik: Auf Anfrage von Davies bestätigte BM Scheel, daß unsere Position gemäß den Vorschlägen des Bundeskanzlers auf der Pariser Gipfelkonferenz vom Oktober 1972<sup>18</sup> die gleiche geblieben sei.

e) Landwirtschaftspolitik: Davies und BM Scheel stellten fest, daß die Kommission gute Vorschläge unterbreitet habe.<sup>19</sup> Beide Minister waren sich einig, daß der Grenzausgleich erhalten bleiben soll.

f) Institutionen: Minister Davies hielt es für kaum möglich, Kommission und PZ immer sauber zu trennen (Überschneidungen von politischen und Wirtschaftsfragen im Nahost-Konflikt!). BM Scheel zu den periodischen Gipfeltreffen<sup>20</sup>: Hier handle es sich bis zur Bildung der Föderation 1980 um eine „institutionelle Brücke“. Wir seien ferner für die Anwesenheit der Kommission in der PZ. Auch die Franzosen hätten dies stillschweigend akzeptiert.

#### 4) Einzelfragen:

a) MBFR: Sir Alec und BM Scheel stimmen überein, daß unter allen Umständen vermieden werden müsse, daß in Wien Entwicklungen Platz griffen, die die Interessen der europäischen Union von 1980 negativ präjudizieren würden. Übereinstimmung ebenfalls, daß die Einbeziehung Ungarns in den Reduzierungsraum stets als feste Möglichkeit erhalten bleiben müsse.<sup>21</sup>

b) Botschafteraustausch mit der DDR: BM Scheel unter Hinweis auf das bisherige abgestimmte zeitliche Junktim<sup>22</sup>: Dieses sei infolge der jüngsten Ereignis-

15 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Premierminister Heath am 12. November 1973 in London vgl. Dok. 371.

16 Vgl. dazu Ziffer 1 der Erklärung der europäischen Gipfelkonferenz am 19./20. Oktober 1972; Dok. 38, Anm. 9.

17 Zur Freigabe des Wechselkurses des Pfund Sterling am 23. Juni 1972 bzw. der Handelslira am 13. Februar 1973 vgl. Dok. 15, Anm. 40, und Dok. 50, Anm. 4.

Zur Freigabe des Irischen Pfund am 24. Juni 1972 vgl. Dok. 80, Anm. 11.

18 Zur Erklärung des Bundeskanzlers Brandt am 19. Oktober 1972 auf der europäischen Gipfelkonferenz in Paris vgl. Dok. 93, Anm. 3.

19 Am 5. November 1973 legte die EG-Kommission dem EG-Ministerrat ein Memorandum über die Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik vor. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 17/1973.

20 Vgl. dazu den Vorschlag des Staatspräsidenten Pompidou vom 31. Oktober 1973; Dok. 317, Anm. 15.

21 Zur sowjetischen Haltung und zur Position der NATO-Mitgliedstaaten hinsichtlich einer Einbeziehung Ungarns in den Reduzierungsraum von MBFR vgl. Dok. 369 bzw. Dok. 386.

22 Im Zusammenhang mit dem Abschluß des Grundlagenvertrags zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 21. Dezember 1972 äußerte die Bundesregierung gegenüber den Drei Mächten die Bitte, mit der Einrichtung von Botschaften in Ost-Berlin bis nach einem Austausch Ständiger Vertreter zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu warten. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 398. Vgl. dazu ferner Dok. 348.

se nicht mehr sehr praktikabel. Im innerdeutschen Verhältnis seien erhebliche Schwierigkeiten aufgetreten, an deren schnelle Lösung nicht zu denken sei. Wir wollten daher die Alliierten nicht mehr daran hindern, die Botschafter zu einem Zeitpunkt auszutauschen, der ihnen richtig erscheine. Sir Alec bedankte sich: Großbritannien werde ohne Eile vorgehen.

c) Urananreicherung: Sir Alec berichtete, daß die Frage der Gasultrazentrifuge<sup>23</sup> von Pompidou zur britischen Überraschung in Chequers nicht angeschnitten worden sei. BM Scheel: Ihm seien Gerüchte bekannt geworden, daß Pompidou die GUZ auf der Kopenhagener Gipfelkonferenz<sup>24</sup> ansprechen wolle. Volle Übereinstimmung zwischen uns und den Briten: Mit der GUZ sei ein erfolgreiches Verfahren eingeleitet. Die Franzosen seien zur Teilnahme eingeladen.<sup>25</sup> Die GUZ könne von 1985 an den europäischen Bedarf decken. Daher wäre es jetzt schädlich, wenn Europa neben der GUZ auch die Diffusionstechnik<sup>26</sup> aufnehmen würde, die von Anfang an nur mit großen Mengen arbeiten könne. Die GUZ sei energiewirtschaftlich weitaus anpassungsfähiger.

5) Nahostkonflikt/Ölfrage: Die Briten (Davies) sehen die Lage als sehr unsicher an. Großbritannien sei von der Ölkrise<sup>27</sup> ebenfalls betroffen, obwohl es von den Arabern als privilegiertes Land bezeichnet werde.

Daher trete Großbritannien für gemeinsame europäische Haltung in der Energie-Frage ein. BM Scheel stimmt zu: Man müsse den Arabern klarmachen, daß zwischen EG in dieser Frage „ein natürlicher Zusammenhalt“ bestehe, der von außen nicht gestört werden könne.

Sir Alec und BM Scheel setzten sich für verstärkte diplomatische Aktivität der Neun ein. Ziel: Die Nahost-Länder müssen Europa als Einheit sehen lernen. Die bisherigen Ergebnisse der Neuner-Erörterung wiesen in die richtige Rich-

23 Die Bundesrepublik, Großbritannien und die Niederlande unterzeichneten am 4. März 1970 in Almelo ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gasultrazentrifugenverfahrens zur Herstellung angereichertem Urans. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1971, Teil II, S. 930-949. Vgl. dazu ferner Dok. 15, Anm. 15.

24 Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 14./15. Dezember 1973 vgl. Dok. 422.

25 Zum Angebot seitens der Bundesrepublik, Großbritanniens und der Niederlande an Frankreich, sich an dem Projekt einer Gasultrazentrifuge zu beteiligen, vgl. Dok. 371, Anm. 37.

26 Zum geplanten Bau einer Diffusionsanlage in Frankreich vgl. Dok. 133.

Am 23. November 1973 berichtete Gesandter Blomeyer-Bartenstein, Paris, daß die französische Regierung den Bau einer Gasdiffusionsanlage mit einer Kapazität von 9 Millionen Trennarbeitseinheiten beschlossen habe. Dazu habe der französische Industrieminister Charbonnel am selben Tag in der Nationalversammlung ausgeführt, er hoffe, „daß die übrigen EURODIF-Mitglieder in der Lage seien, in Kürze gleichartige Entscheidungen zu treffen, und daß sich ihnen noch weitere Partner anschließen. Das Vorhaben werde am 1. Januar 1974 beginnen, und der Produktionsbeginn sei für 1979 vorgesehen. Hierfür verbürge sich die französische Regierung. [...] Zum Angebot der Troika meinte der Minister, daß sich diese Initiative in die Linie der Kooperation zwischen den beiden Verfahren einfügen könne, für die sich die französische Regierung bereits ausgesprochen habe. Die Konsequenzen einer solchen Konzertation müßten sich selbstverständlich mit den von den EURODIF-Ländern gemeinsam getroffenen Entscheidungen vereinbaren lassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3537; Referat 413, Bd. 105303.

27 Zu dem gegen die Niederlande und die USA verhängten Ölboykott vgl. Dok. 345 und Dok. 346, Anm. 6.

Zur Entscheidung der Organisation Arabischer Erdöl exportierender Länder (OAPEC), die Ölproduktion einzuschränken, vgl. Dok. 345, Anm. 9, und Dok. 360, Anm. 1. Vgl. dazu ferner Dok. 382, Anm. 14.

tung. Es gebe hierzu keine Alternative. Hauptproblem sei Israel. Israel müsse umlernen und erkennen, daß eine Kompromißlösung große Vorteile enthalte.

Sir Alec: Die Briten seien pessimistisch. Es sei noch ein weiter Weg zu gehen. Fortschritte gegenüber Israel seien wahrscheinlich erst nach den Wahlen vom 31.12.<sup>28</sup> zu erwarten. Das israelische Ersuchen an die dänische Präsidentschaft, die Neuner-Erklärung<sup>29</sup> zu erläutern, ergebe eine europäisch-israelische Verhandlungsbasis.

Zusammenfassend: Europa könne bei konsequenter Fortsetzung der mit<sup>30</sup> der Neuner-Erklärung begonnenen Politik vielleicht noch nicht in der jetzigen Phase, wohl aber später im Nahen Osten von erheblichem Gewicht werden.

III. Der Gesamteindruck von den Gesprächen ist aus hiesiger Sicht sehr positiv. Der Meinungsaustausch war offen, tiefgehend und interessant. Britische Teilnehmer haben uns bestätigt, daß auch sie die Gespräche für besonders instruktiv („much meat in it“) und nützlich gehalten hätten. Die Übereinstimmung war in fast allen Fragen vollständig und im Sinne des deutsch-britischen „total trust“.

[gez.] Hase

**VS-Bd. 9962 (204)**

## 389

### **Botschafter Pauls, Peking, an das Auswärtige Amt**

**VS-NfD**

**Fernschreiben Nr. 479**

**Aufgabe: 24. November 1973, 09.30 Uhr**

**Ankunft: 24. November 1973, 07.44 Uhr**

Ministerpräsident Chou En-lai empfing Bundesminister Genscher am Donnerstag Abend zu einem fast anderthalbstündigen Gespräch.<sup>1</sup>

Chou lenkte die Unterhaltung unter Erwähnung seines einjährigen Aufenthalts in Berlin<sup>2</sup> alsbald auf die Teilung Deutschlands und bezeichnete die These von zwei deutschen Nationen als „Absurdität“, die von manchen auf Asien übertragen werde; China und die drei indochinesischen Völker seien konsequent dagegen. Er habe Sympathien für unser Streben nach Wiedervereinigung; nur mit einer solchen Hoffnung könne man ein Volk mobilisieren. Chou

<sup>28</sup> Am 31. Dezember 1973 fanden Wahlen zum israelischen Parlament statt.

<sup>29</sup> Für die Nahost-Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 6. November 1973 vgl. Dok. 363, Anm. 3.

<sup>30</sup> Korrigiert aus: „auf“.

<sup>1</sup> Bundesminister Genscher hielt sich auf Einladung des Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Sport und Körperkultur, Wang Meng, vom 19. bis 23. November 1973 in der Volksrepublik China auf.

<sup>2</sup> Chou En-lai hielt sich 1922 als Student in Berlin auf.

kam dann auf Berlin zu sprechen, zeigte sich sehr gut informiert und sehr interessiert an Einzelfragen wie Wahlmodus und Stimmrecht der Berliner Abgeordneten, Berlins Vertretung im Bundesrat sowie die Tätigkeit des Bundespräsidenten und der Bundestagsausschüsse in Berlin. Die Verantwortung für die „üble Realität Berlins“, deren Ursache Hitler gewesen sei, liege heute bei den Expansionisten, unserem gemeinsamen Nachbarn. Auf Bundesminister Genschers Bemerkung, daß wir dort nur den Frieden wollten, meinte Chou, die objektive Entwicklung sei oft unabhängig vom subjektiven Wollen. Wer an Entspannung glaube und darüber die eigene Verteidigungsbereitschaft vernachlässige oder kein Geld mehr für Truppenstationierung bewilligen wolle, erliege einer Illusion. Angesichts der starken Truppenkonzentration im Osten dürfe man Entspannung nicht mit Sicherheit verwechseln. Er verstehe, daß die europäischen Völker nach zwei Weltkriegen den Frieden wollten, aber die jetzige Politik der Sowjetunion habe nicht Entspannung, sondern Expansion zum Ziel. Ein Beweis dafür seien die seit vier Jahren stagnierenden Grenzverhandlungen, obwohl China auf der Grundlage der „ungleichen Verträge“<sup>3</sup> zu verhandeln bereit sei.

Chous Frage, ob es in Europa Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Stärkung der Abwehrbereitschaft gäbe, bejahte Bundesminister Genscher unter Hinweis auf die Erklärung der französischen Regierung vom 21. d. M.<sup>4</sup>

Chou kam sodann auf die Beziehungen Europas zu den arabischen Ländern zu sprechen, die verbessert werden müßten. BM Genscher verwies auf den letzten erfolgreichen Besuch von Bundesaußenminister Scheel im Nahen Osten.<sup>5</sup> Chous Zweifel an der einheitlichen Haltung der neun EG-Länder, die er mit der Entwicklung in den Niederlanden<sup>6</sup> begründete, zerstreute der Bundesminister mit

<sup>3</sup> Mit den Verträgen von Aigun und Tientsin (1858) sowie dem Handelsvertrag von Peking (1860) kam es zu einer Regelung der Grenzen zwischen Rußland und China, bei der die Gebiete nördlich des Amur und östlich des Ussuri an Rußland fielen. Umstritten blieb insbesondere der im Vertrag von Ili bzw. St. Petersburg (1881) nur teilweise geregelter Grenzverlauf in der Region Sinkiang/Turkestan. Während die chinesische Regierung darauf bestand, daß die Verträge als „ungleich“ zu betrachten seien und neu verhandelt werden müßten, wies die UdSSR auf die Gültigkeit der Verträge hin und vertrat die Ansicht, daß eine offene Grenzfrage nicht bestehe. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Wickert vom 20. März 1963; Referat II A 3, Bd. 62.

<sup>4</sup> Am 21. November 1973 betonte der französische Außenminister Jobert vor der WEU-Versammlung in Paris: „Pour que sa voix soit écoutée et respectée, l'Europe doit être forte et résolue à se défendre. C'est là une condition nécessaire de l'équilibre général de la détente. L'Alliance atlantique, à laquelle nous appartenons et à laquelle nous tenons, demeure aussi indispensable à la sécurité des Etats-Unis qu'à celle de l'Europe. Pour ce fait, il importe de réaffirmer aujourd'hui la permanence des objectifs de l'Alliance, alors que les données de la défense commune se sont profondément modifiées depuis dix ans. La France, à la surprise de quelques-uns, joue un rôle très actif dans les travaux qui se poursuivent à cet effet dans l'Alliance atlantique [...] Pour une entreprise comme celle que j'ai tenté d'esquisser, au bénéfice de la sécurité, en aillant la détente et la défense, l'union de l'Europe occidentale a son rôle et son importance. Je n'oublie pas que le traité dont l'UEO est issue, fonde une alliance entre sept pays européens. Si tous ses membres en étaient d'accord, l'UEO pourrait constituer un cadre utile pour l'effort de dialogue et de réflexion auquel je viens de vous convier.“ Vgl. La POLITIQUE ETRANGÈRE 1973, Teil II, S. 210. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 130.

<sup>5</sup> Bundesminister Scheel hielt sich vom 20. bis 22. Mai in Ägypten, vom 22. bis 24. Mai in Jordanien und am 24./25. Mai 1973 im Libanon auf. Vgl. dazu Dok. 170, Dok. 173, Dok. 176 und Dok. 189.

<sup>6</sup> Zu dem gegen die Niederlande verhängten Ölboykott vgl. Dok. 345.

dem Hinweis auf die gemeinsame Resolution der EG zum Nahost-Problem, „dem ersten außenpolitisch einheitlichen Auftreten der EG“.<sup>7</sup>

Chou betonte die Notwendigkeit, die staatliche Existenz Israels zu garantieren, „obwohl die Schaffung Israels ein politischer Irrtum“ sei. Ebenso müßten die nationalen Rechte der Palästinenser gesichert werden. Man dürfe den Expansionisten im Norden keinen Vorwand liefern, mit der Behauptung, die arabischen Interessen zu fördern, arabische Länder militärisch zu besetzen.

Chous Bemerkung, daß die Expansionisten sich nicht nur im Nahen Osten regten, sondern auch nach Südasien drängten, wurde von Bundesminister Genscher nicht aufgegriffen.

Zum Schluß erwähnte Chou Chruschtschows Zitierung des deutschen Kaiservorwurfs von der gelben Gefahr während des Adenauer-Besuchs in Moskau im Jahre 1955.<sup>8</sup>

Chou bat, die Grüße zu erwidern, die BM Genscher ihm von Bundeskanzler Brandt und von Bundesaußenminister Scheel überbracht hatte.

Das Gespräch verlief in sehr gelockerter, freundschaftlicher Atmosphäre. Ministerpräsident Chou machte einen frischen Eindruck und hat sich nach Äußerung eines chinesischen Begleiters mehr Zeit für das Gespräch genommen als ursprünglich vorgesehen.

[gez.] Pauls

**Referat 310, Bd. 104953**

<sup>7</sup> Für die Nahost-Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 6. November 1973 vgl. Dok. 363, Anm. 3.

<sup>8</sup> Im Rückblick schilderte Konrad Adenauer ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU und sowjetischen Ministerpräsidenten am 10. September 1955 in Moskau: „Chruschtschow kam wieder auf Rotchina zu sprechen. Er bezeichnete Rotchina als das größte Problem. „Stellen Sie sich vor, Rotchina hat jetzt schon über sechshundert Millionen Menschen. Jährlich kommen noch zwölf Millionen hinzu. Alles Leute, die von einer Handvoll Reis leben. Was soll', und dabei schlug er die Hände zusammen, „was soll daraus werden?“ Vgl. ADENAUER, Erinnerungen, Bd. 2, S. 528.

390

**Gespräch des Bundeskanzlers Brandt  
mit Staatspräsident Pompidou in Paris**

105.111.A/73 geheim

26. November 1973<sup>1</sup>

Aufzeichnung über das erste Gespräch unter vier Augen zwischen dem Herrn Bundeskanzler und Staatspräsident Pompidou am 26. November 1973 um 11.00 Uhr im Elysée-Palast<sup>2</sup>

I. Nach der Begrüßung wies der französische *Staatspräsident* darauf hin, daß er die beiderseitigen Konsultationen auf Wunsch des Herrn Bundeskanzlers gerne in den Herbst und das Frühjahr verlegt habe. In diesem Fall fänden sie zu einem sehr günstigen Zeitpunkt statt, weil man sich viel zu sagen habe. Er bitte den Herrn Bundeskanzler, selbst die Themen vorzuschlagen, über die er sprechen möchte.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, was ihm am meisten Sorgen bereite, sei die Öl- und Energiefrage. Er glaube, daß die Haltung in dieser Frage als Ausweis des europäischen Zusammenfindens im Bewußtsein der Bürger eine entscheidende Bedeutung für die nächste Phase der europäischen Einigung haben werde. Zweitens interessiere ihn alles, was mit der Nahost-Krise politisch zusammenhänge, in diesem Zusammenhang auch die europäisch-amerikanischen Beziehungen, ferner die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten für die nächsten Treffen der neun Staats- und Regierungschefs.

Er schlage also die folgenden Punkte vor:

- 1) Energie
- 2) Naher Osten einschließlich der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten
- 3) Gipfelkonferenz<sup>3</sup>
- 4) Verteidigungsfragen.

Über letzteren Punkt sei bei den deutsch-französischen Konsultationen im Sommer bereits etwas gesagt worden<sup>4</sup>; wenn Präsident Pompidou einverstanden sei, könne man das damals begonnene Gespräch hierüber etwas fortführen.

Was die Gipfelkonferenz betreffe, so sollte diese neben der Regelung von Verfahrensfragen sich auch mit den Zustand der Gemeinschaft vom kommenden Jahr an und den Aufgaben, die dann auf sie zukämen, befassen.

Präsident *Pompidou* erklärte sich durchaus bereit, mit dem Herrn Bundeskanzler über all diese Fragen zu sprechen und schlug vor, mit dem Energieproblem zu beginnen.

<sup>1</sup> Teil I der Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 28. November, Teil II am 29. November 1973 gefertigt.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Brandt hielt sich am 26./27. November 1973 anlässlich der deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen in Paris auf. Vgl. dazu auch Dok. 392-394.

<sup>3</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 14./15. Dezember 1973 in Kopenhagen vgl. Dok. 422.

<sup>4</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem Staatspräsidenten Pompidou am 21. Juni 1973 auf Schloß Gymnich; Dok. 198.

Seiner Auffassung nach müsse man hierbei zwei Aspekte unterscheiden, den langfristigen und den kurzfristigen: Auf lange Sicht gesehen stünden alle europäischen Länder offensichtlich vor der Notwendigkeit, sich um eine sowohl geographische als auch technologische Diversifizierung zu bemühen.

Was die Urananreicherung<sup>5</sup> betreffe, so kenne der Herr Bundeskanzler den französischen Standpunkt. Man dürfe sich heute nicht mehr mit Diskussionen und Berechnungen usw. aufzuhalten, sondern müsse vorankommen. Aus diesem Grunde habe Frankreich beschlossen, das EURODIF-Projekt zu verwirklichen und eine Urananreicherungsanlage auf der Grundlage des Diffusionsverfahrens zu errichten.<sup>6</sup> Türen zur Mitwirkung an diesem Vorhaben stünden im übrigen auch anderen europäischen Ländern offen, ebenso wie Frankreich bereit sei, ernsthaft die Möglichkeit eines späteren Einstiegs in das Ultrazentrifugenprojekt, das von der sogenannten „Troika“ (Bundesrepublik, England, Holland) betrieben werde, zu prüfen.<sup>7</sup> So könne es möglicherweise später einmal zwei derartige Unternehmen geben, die aufeinander folgen würden, sich ergänzen könnten und nicht im Gegensatz zueinander stehen müßten. Seiner Auffassung nach sollte zunächst einmal die Gasdiffusionsanlage errichtet und in Betrieb genommen werden mit der Möglichkeit, gegebenenfalls ihre Kapazität zu verdoppeln oder auch nicht, falls es zweckmäßiger erscheine, daß das Diffusionsverfahren vom Ultrazentrifugenverfahren abgelöst werden sollte.

Was den kurzfristigen Aspekt des Energieproblems<sup>8</sup> betreffe, so möchte er betonen, daß die französische Haltung zur Nahost-Frage – entgegen Behauptungen, die überall, auch in Frankreich verbreitet worden seien – nichts zu tun habe mit Waffen- und Erdöllieferungen: 1967 wäre Israel ein ausgezeichneter Kunde für Waffenlieferungen aus Frankreich gewesen; es hätte jede Art von Waffen gegen Barbezahlung bestellt, so daß sich für Frankreich hier enorme Möglichkeiten geboten haben würden. Auch die Lage auf dem Erdölsektor sei damals ganz anders gewesen. In der Zwischenzeit seien die Jahre verflossen,

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „Uranbereicherung“.

<sup>6</sup> Zur französischen Entscheidung vom 23. November 1973 für den Bau einer Diffusionsanlage zur Urananreicherung vgl. Dok. 388, Anm. 26.

<sup>7</sup> Zum Angebot seitens der Bundesrepublik, Großbritanniens und der Niederlande an Frankreich, sich an dem Projekt einer Gasultrazentrifuge zu beteiligen, vgl. Dok. 371, Anm. 37.

Am 19. November 1973 führte Referat 413 zu den konkurrierenden Methoden der Urananreicherung aus: „Frankreich betreibt den Bau einer Diffusionsanlage mit einer Jahresleistung von 9000 t (Kosten ca. 8 Mrd. DM) und schlägt die Abschirmung des europäischen Marktes von Drittlandsbezügen (besonders USA) sowie eine gegenseitige Abstimmung von Investitionen und Marktaufteilung zwischen den Befürwortern beider Technologien vor. Es scheint sowohl gemeinsame Erdölpolitik als auch Ergebnis Gipfelkonferenz von Einigung hierüber abhängig machen zu wollen. Die drei Zentrifugenländer Großbritannien, Deutschland und Niederlande sehen in der Entwicklung des technologisch und wirtschaftlich überlegenen Zentrifugenverfahrens den besten Weg zu einem der Marktentwicklung angepaßten schrittweisen Aufbau von Urananreicherungskapazität in Europa und lehnen die beim Bau einer Diffusionsanlage neben Zentrifugenanlagen notwendig werdende Marktabschließung wegen der zu erwartenden kostspieligen Überproduktion (ca. 4 Mrd. \$ bis 1985) und der dann mit Sicherheit auftretenden neuen handelspolitischen Schwierigkeiten mit den USA ab.“ Vgl. Referat 413, Bd. 105301.

<sup>8</sup> Zu dem gegen die Niederlande und die USA verhängten Ölboykott vgl. Dok. 345 und Dok. 346, Anm. 6.

Zur Entscheidung der Organisation Arabischer Erdöl exportierender Länder (OAPEC), die Ölproduktion einzuschränken, vgl. Dok. 345, Anm. 9, und Dok. 360, Anm. 1. Vgl. dazu ferner Dok. 382, Anm. 14.

und es habe sich gezeigt, wie richtig der damalige Standpunkt von General de Gaulle gewesen sei, der vorausgesagt habe, daß die Araber sich eines Tages des Erdöls als Waffe bedienen würden. Zum ersten Mal habe er – Pompidou – eine Ahnung von den zukünftigen Ereignissen gehabt, als König Feisal eine entsprechende Andeutung gemacht habe. Er sei damals sehr betroffen gewesen und habe den Eindruck gehabt, daß die Bemerkung des Königs nicht leichtfertig gemacht worden sei. Die arabischen Länder handelten nicht ohne eine gewisse Koordination, obwohl sie andererseits auch wieder eine Unterscheidung trafen zwischen den Beteiligten. Europa sei zur Zeit von den arabischen Maßnahmen auf dem Erdölsektor unmittelbarer betroffen als die USA, Japan sogar noch stärker. Innerhalb Europas sei Holland am stärksten betroffen und – auf dem Umweg über Rotterdam – viele andere europäische Länder, auch Frankreich und, in stärkerem Maße, die Bundesrepublik. Seine – die französische – Haltung bestehe darin, keine Entscheidung zu treffen, die die eigenen Chancen herabsetzen würde. Dies sei nur natürlich.

Jedoch müsse er offen sagen, daß Frankreich die Aufmerksamkeit seiner Partner schon seit langem auf das Erdölproblem hingelenkt habe. Frankreich habe immer versucht, sein eigenes – ziemlich dirigistisches – System zu verteidigen, während andere Länder sich gerühmt hätten, auf diesem Gebiet ein System des freien Marktes zu praktizieren. Heute stelle sich heraus, daß ein System, das Interventionen und Marktordnungen vorsehe, sich als sehr nützlich erweise. Er glaube, daß auch die Vorstellungen der Bundesrepublik jetzt in dieser Richtung lägen. Im Rahmen des französischen Systems seien die Gesellschaften gezwungen worden, erhebliche Lagerbestände zur Deckung des Bedarfs für mindestens drei Monate anzulegen. Dem Herrn Bundeskanzler sei bekannt, daß gerade die Niederlande sich geweigert hätten, eine entsprechende Vorratsanlegung vorzusehen, als im vergangenen Mai vorgeschlagen worden sei, dies auf alle Länder der Gemeinschaft auszudehnen.<sup>9</sup>

Es gebe aber auch einen politischen Aspekt in dieser Frage. Bestimmte Regierungen in der Gemeinschaft hätten zwar ihre Zustimmung zu einem bestimmten gemeinsamen Dokument gegeben, wobei es sich aber nur um ein Lippenbekenntnis gehandelt habe. Er wisse, daß dies für die Bundesrepublik nicht gelte.

Nachdem dies gesagt sei, sollte man zur Zeit nicht nur im Rahmen der Neun, sondern auch im Wege persönlicher und intergouvernementaler Kontakte alles tun, um die Araber davon zu überzeugen, daß es – ob sie es wollen oder nicht – doch eine Solidarität der Neun auf wirtschaftlichem Gebiet gebe. Man müsse ihnen zu verstehen geben, daß sie in dieser Sache „moralisch alles zu verlieren hätten“ und sich die europäischen Länder entfremden könnten. Er – Pompidou – erwartete nunmehr mit Spannung die Ergebnisse der Konferenz von Algier<sup>10</sup>.

9 Vgl. dazu die Tagung des EG-Ministerrats am 22./23. Mai 1973 über Energiefragen; Dok. 156.

10 Vom 26. bis 28. November 1973 fand in Algier die arabische Gipfelkonferenz statt. Am 29. November 1973 informierte Botschafter Moltmann, Algier, über das Ergebnis. Es seien eine Erklärung zur allgemeinen Politik sowie „an afrikanische, nichtgebundene, westeuropäische und sozialistische Länder gerichtete Einzelerklärungen“ verabschiedet worden. In der Erklärung zur allgemeinen Politik seien die folgenden Bedingungen für eine Friedensregelung im Nahen Osten genannt worden: „1) Räumung aller besetzten arabischen Gebiete, vor allem Jerusalems, durch Israel; 2) Wiedereinsetzung des palästinensischen Volkes in die Gesamtheit seiner nationalen Rechte.“ In der an die westeuropäischen Staaten gerichteten Erklärung werde ausgeführt: „Staatschefs hätten

Mit Ghadafi habe er über dieses Thema nicht gesprochen<sup>11</sup>; weder er selbst – Pompidou – noch Ghadafi habe es angeschnitten. Am nächsten Tag erwarte man in Paris den Besuch der Industrieminister von Saudi-Arabien und Algerien, die sich auf einer Rundreise befänden und natürlich darüber sprechen würden.<sup>12</sup>

Es sei ihm – Pompidou – bekannt, daß Erdöl von Frankreich in die Nachbarländer fließe. Natürlich könnten es keine sehr großen Mengen sein, denn die Eisenbahnzüge seien kein Ersatz für die Öltanker.

Insgesamt gesehen, sei er der Auffassung, daß die Aktion, die Frankreich (wörtlich: „nous“) unternehme, alle Chancen biete, auch den anderen europäischen Ländern zugute zu kommen. Dabei sollten sich aber alle bewußt sein, daß die Solidarität in beide Richtungen funktionieren müsse. Falls die Dinge weiter getrieben würden, würden alle – einschließlich Frankreichs – ernsthaft von den Restriktionen betroffen werden. Die französischen Lagerbestände könnten die Schwierigkeiten noch für eine Zeitlang hinausschieben oder abmindern, aber wenn der Mangelzustand andauere, könne es zu einer schweren wirtschaftlichen Verlangsamung kommen. Zur Zeit seien schon Schwierigkeiten in der chemischen Industrie zu verspüren, und sogar Privatpersonen seien schon betroffen, wenn dies auch an dem etwas veralteten Verteilungssystem liegen könne. Frankreich werde seine Aktion mit großer Hartnäckigkeit fortsetzen – dessen könne der Herr Bundeskanzler gewiß sein –, aber er – Pompidou – sehe nicht, was die anderen täten. Für ihn sei es kein Zeichen von Solidarität, wenn man auf einen die Schwierigkeiten abwälze, die andere sich geschaffen hätten. Dies richte sich besonders an die großen Erdölgesellschaften und an Holland, wo diese Gesellschaften eine große Rolle spielten. Dies sei seine – Pompidous – Auffassung.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1890*

mit Aufmerksamkeit und Interesse die ersten Äußerungen (manifestations) eines besseren Verständnisses der arabischen Sache durch Westeuropa verzeichnet. [...] Durch Einnehmen klarer und gerechter Haltung, besonders durch Engagement für Räumung aller besetzten arabischen Gebiete, vor allem Jerusalems, durch Israel und für Wiedereinsetzung palästinensischen Volkes in seine nationalen Rechte, würde Europa zugleich seinen Unabhängigkeitswillen und seine Rolle in Weltproblemen stärken. Arabische Staaten seien bereit, zum weltweiten Wohlstand in dem Maße beizutragen, wie die internationale Gemeinschaft für Gerechtigkeit und Sicherheit in ihrer Region wirkt.“ Moltmann erläuterte dazu: „Araber haben damit Erdöl als Waffe nur sehr diskret, aber dennoch deutlich ins Spiel gebracht und Wunsch auf Zusammenarbeit mit Westeuropa nochmals eindringlich bekräftigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 310, Bd. 104988.

Für Auszüge aus den Erklärungen vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1974, D 313–317.

11 Zum Aufenthalt des Präsidenten Ghadafi am 24./25. November 1973 in Paris vgl. Dok. 382, Anm. 15.

12 Der algerische Industrie- und Energieminister Abdessalam und der saudi-arabische Erdölmintister Yamani hielten sich vom 24. bis 28. November 1973 in Frankreich auf. Botschafter Freiherr von Braun, Paris, gab am 28. November 1973 Informationen des Generaldirektors des französischen Außenministeriums, Brunet, über Gespräche des Staatspräsidenten Pompidou, des Außenministers Jobert und des Industrieministers Charbonnel mit Abdessalam und Yamani weiter. Dieses hätten die Bereitschaft ihrer Staaten erklärt, „ihre Erdöllieferungen an Europa in dem Rhythmus wieder aufzunehmen, zu welchem Israel die zu Unrecht besetzten arabischen Gebiete räume“. Dabei sei „die Zusage der Wiederaufnahme der Erdöllieferungen nicht an den Beginn oder gar Erfolg der Friedensverhandlungen geknüpft“ worden, sondern „lediglich an die faktische Durchführung der UN-Resolution 242“. Gegenüber Frankreich sei die Aufrechterhaltung der Rohöllieferung auf bisherigem Stand zugesichert worden. Auf die Frage, „ob Jobert eine eindeutige europäische Solidaritätserklärung“ abgegeben habe, habe Brunet allerdings ausweichend reagiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3578; Referat 310, Bd. 104992.

Auf die Frage, wie der Herr *Bundeskanzler* die Dinge beurteile, antwortete dieser, daß er zunächst einige Bemerkungen

- 1) zum kurzfristigen,
- 2) zum langfristigen Aspekt und
- 3) zur Nahost-Frage machen werde.

Zu 1) Wie Präsident Pompidou bemerkt habe, sei man in der Bundesrepublik dabei, frühere Praktiken durch neue zu ersetzen, nicht durch die der anderen, sondern durch fortschrittlichere. Vor drei Wochen habe er eine interessante Erfahrung gemacht: Er habe am Montag<sup>13</sup> auf der Rückkehr von einem Urlaub in Südfrankreich nach Deutschland gesehen, daß man an französischen Tankstellen kein Benzin mehr in Kanister abfüllte. Am gleichen Abend habe der französische Industrieminister eine Rede gehalten, in der er der Bevölkerung Ratschläge erteilt habe.<sup>14</sup> Er selbst – der Herr Bundeskanzler – habe noch am Abend seiner Rückkehr mit seinen Mitarbeitern die Lage beraten. Man habe sich vorgenommen zu zeigen, daß es trotz der Schwierigkeiten des föderativen Systems in der Bundesrepublik möglich sein sollte, innerhalb von drei Tagen ein Energiesicherungsgesetz zustande zu bringen. Dies sei gelungen. Die Opposition sei miteinbezogen worden, und so sei von Dienstag bis Freitag das Gesetz mit drei Lesungen im Bundestag und im Bundesrat verabschiedet worden.<sup>15</sup> Er halte dies für eine sehr positive Erfahrung.

Dieses Gesetz biete eine Reihe von Möglichkeiten:

Als erstes sei eine Herabsetzung der Geschwindigkeiten im Straßenverkehr und ein Sonntagsfahrverbot eingeführt worden.<sup>16</sup> Die Bevölkerung habe dies verständnisvoll hingenommen. Eine Maßnahme, die in der Öffentlichkeit nicht stark beachtet worden sei, sei die Tatsache, daß in der vergangenen Woche durch den Aufkauf der Aktienmehrheit einer Gesellschaft die Voraussetzungen dafür geschaffen worden seien, daß in Zukunft in der Bundesrepublik eine nennenswerte nationale Ölgesellschaft tätig werden könne.<sup>17</sup>

Präsident Pompidou habe etwas von Schwierigkeiten innerhalb der Gemeinschaft gesagt. Er – der Herr Bundeskanzler – sei der Auffassung, daß man, ohne jemanden zu reizen, nicht demonstrativ, vielleicht etwas mehr unter der

13 5. November 1973.

14 Für den Wortlaut der Rede des französischen Industrieministers Charbonnel am 6. November 1973 vor der Nationalversammlung vgl. JOURNAL OFFICIEL. ASSEMBLÉE NATIONALE, 1973, S. 5197–5204.

15 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 9. November 1973 zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Einführen von Mineralöl oder Erdgas (Energiesicherungsgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil I, S. 1585–1588.

16 Am 19. November 1973 erließ die Bundesregierung eine Verordnung über Fahrverbote und Geschwindigkeitsbegrenzungen für Motorfahrzeuge. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil I, S. 1676 f.

17 Dazu wurde in der Presse ausgeführt: „Es wird geprüft, inwieweit sich der Bund über die verstärkte Einschaltung von Bundesunternehmen in die Energie- und Rohstoffversorgung einschalten kann. Hier ist auch an die Übernahme des Gelsenberg-Pakets (48,3 Prozent des Nominalkapitals) vom RWE zu denken. Der Bund hat dieses Paket, wie Friderichs erklärt, de facto schon übernommen. Die Prüfung durch das Bundeskartellamt steht noch aus. Die Bundesregierung plant seit einiger Zeit, mit der Veba (an der der Bund zu etwa 40 Prozent beteiligt ist) und der Gelsenberg einen großen deutschen Mineralölkonzern mit beachtlichem Bundeseinfluß zu schaffen.“ Vgl. den Artikel „Bonn will die Rohstoffversorgung langfristig sichern“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. November 1973, S. 13.

Hand, als es geschehen sei, das Wort von der Solidarität wirksam werden lassen sollte. Für die Bevölkerung sei es schwierig zu verstehen, daß zwar die Staats- und Regierungschefs zusammenträten, aber der Energierat abgesagt worden sei, selbst wenn davon nicht viel zu erwarten sei. Es erscheine ihm wichtig, daß Anfang Dezember anlässlich des Ministerrats in Brüssel<sup>18</sup> durch eine Ergänzung der Tagesordnung – oder noch besser: am Rande der Tagung in kleinem Kreis – die Fachminister einen Meinungsaustausch über die aktuelle Lage führten, um festzustellen, welche Gefahren sich für die Wirtschaft ergeben könnten, und sich Gedanken über Methoden machen, mit denen man sich der Lage anpassen könne. Er selbst habe eine Ausarbeitung seiner Experten in der Tasche, in der beschrieben werde, was man in der Bundesrepublik Deutschland zu tun beabsichtige bei einer Erdölerknappung um 10, 15, 20 und 25%. Eine Reduzierung um 20 bis 25% könne schon zu sehr ernsthaften Beschäftigungsschwierigkeiten führen.

Wenn die Europäische Gemeinschaft Bestand haben solle, so könne man diese Fragen nicht ausklammern; man könne in einer solchen Situation nicht getrennt voneinander weiterleben, denn dann komme man nie wieder zusammen. Niemand wisse, was im Jahre 1974 geschehen werde. Im übrigen werde man in der Bundesrepublik ohne Schwierigkeiten bis Anfang Dezember kommen. Dann müsse man die Lage überdenken. Es würde ihn aber nicht wundern, wenn weitere Drosselungen der Ölzufluss beschlossen würden. In diesem Zusammenhang möchte er darauf hinweisen, daß man vor neuen Erfahrungen nicht nur ökonomischer, sondern auch psychologischer Art stehe: Die junge Generation – in Deutschland und anderswo – erlebe zum ersten Mal eine Zeit des Mangels. Diese Vorgänge müsse man genau beobachten und sehen, wie sie sich auswirken. So stelle man bereits in bestimmten Zweigen der Großindustrie, besonders in der Automobil- und in der chemischen Industrie (abgesehen vom Baugewerbe und anderen Bereichen), eine gewisse Nervosität fest, die zu einer Einschränkung der Produktion führe. Dem müsse man entgegenwirken. Es dürfe nicht zu dem kommen, was die Amerikaner eine „self-fulfilling prophecy“ nennen. Durch ein zu starkes Betonen der Ölkrise könne man ein Käuferverhalten provozieren, das die Beschäftigungslage noch schwieriger gestalte, als sie sein müßte.

Der Herr Bundeskanzler führte weiter aus, er begrüße die Tatsache, daß man sich einig darüber sei, gemeinsame konjunktur- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation auszuarbeiten – wenn dies jetzt auch noch schwieriger erscheine als vorher –, und daß auch diese Themen von den Fachministern besprochen würden. Wenn die neun Staats- und Regierungschefs Mitte Dezember zusammenträfen, sollten sich zumindest einige gemeinsame Elemente ergeben.

Was den langfristigen Aspekt betreffe, so habe die Bundesregierung im Frühsommer zum ersten Mal – wie in der Regierungserklärung von 1973<sup>19</sup> ange-

<sup>18</sup> Zur EG-Ministerratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 3./4. Dezember 1973 vgl. Dok. 399 und Dok. 400.

<sup>19</sup> Korrigiert aus: „1972“.

Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Brandt am 18. Januar 1973 vor dem Bundestag vgl. Dok. 256, Anm. 3.

kündigt – ein energiepolitisches Konzept<sup>20</sup> festgelegt. Dies sei an sich nichts Sensationelles, gewinne aber auf dem derzeitigen Hintergrund eine gewisse Bedeutung. Man sei jetzt dabei, die Vorstellungen über eine geographische und technologische Diversifizierung zu aktualisieren und zu straffen.

Manche Programme auf Kohlebasis, die in der Vergangenheit wegen mangelnder Rentabilität nicht zur Durchführung gelangt seien, fänden heute wieder Beachtung angesichts der gestiegenen Ölpreise. Dies gelte für die Hydrierung und Vergasung von Kohle mit neuen Methoden. Daran werde in der Bundesrepublik zur Zeit gearbeitet. Als er kürzlich den russischen Botschafter empfangen habe<sup>21</sup>, habe er ihm gesagt, daß die derzeitige Lage, falls sie lange andauern sollte, ähnliche Wirkungen hervorrufen könnte wie bestimmte Prozesse am Ende des Krieges: Zynischerweise könnte man behaupten, daß Deutschland durch die Demontage von Fabriken durch die Alliierten gezwungen worden sei, neue, moderne Industrieanlagen aufzubauen (Anlagen des älteren Typs könne man heute noch in Großbritannien besichtigen!). Die jetzige Situation könnte wiederum den Anlaß zu einer sprunghaft beschleunigten technischen Entwicklung bieten. Wie Frankreich werde auch die Bundesrepublik innerhalb von wenigen Jahren das aufbauen, wozu man ursprünglich einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen habe.

Was das Problem der Urananreicherung betreffe, so habe Frankreich seine Entscheidung getroffen. Man müsse jetzt sehen, wie man einen gemeinsamen Nenner finde, der ein vernünftiges Nebeneinanderwirken ermögliche. Über die Methoden zur Urananreicherung sei unter den Experten und auch im Bundeskabinett lange beraten worden. Die Fachleute seien davon überzeugt, daß das Gasdiffusionsverfahren viel mehr Energie verbrauche als das Zentrifugenverfahren, das noch weitere Vorteile biete. Er – der Herr Bundeskanzler – habe gedacht, daß die Frage noch weiter geprüft werden würde. Er hätte es für besser gehalten, wenn eine solche Anlage in Frankreich errichtet und nicht die beiden Methoden nebeneinander betrieben würden, was sehr kostspielig sei, selbst wenn man größere Mengen an Brennstoff brauche, falls man mehr und größere Kraftwerke auf nuklearer Grundlage bauen wolle als ursprünglich geplant.

Seine zweite Erwägung zu dieser Frage – die er offen vortrage – sei die folgende: In der Übergangszeit lege die Bundesrepublik Wert darauf, gewisse Exportmöglichkeiten zu behalten, die nicht zu schnell abgeschnitten werden sollten. Dies beziehe sich nicht nur auf die USA, sondern auch auf die Sowjetunion. Es würden zur Zeit mit der Sowjetunion Projekte erörtert, die sich auf die Energiepolitik bezögen. Dazu gehöre auch eine gewisse Zusammenarbeit bei dem Bau von Kernkraftwerken. Es wäre schwierig mit derartigen Plänen zu verbinden,

20 Zum Energieprogramm der Bundesregierung, das am 26. September 1973 abschließend gebilligt wurde, vgl. Dok. 256.

21 Am 22. November 1973 führte Bundeskanzler Brandt gegenüber dem sowjetischen Botschafter Falin aus: „Er müsse auch sagen, daß bei einer Zuspitzung der Energiekrise sich vielleicht auch Auswirkungen auf die Entwicklung der Kooperation mit der SU ergeben könnten. Aber insgesamt handele es sich um eine Herausforderung, die auch dazu führen könnte, daß die Bundesrepublik große Anstrengungen unternimmt, um Programme schneller durchzuführen und sich langfristig auf geringere Abhängigkeit einzustellen.“ Vgl. die Aufzeichnung des Bundesministers Bahr vom 27. November 1973; Archiv der sozialen Demokratie, Depositum Bahr, Box 432.

daß kurzfristig nichts mehr aus der Sowjetunion bezogen würde.<sup>22</sup> Aber – er wiederhole – die Entscheidung, die der französische Staatspräsident getroffen hat, habe er zur Kenntnis genommen. Man müsse nunmehr sehen, wie man mit der jetzigen Lage fertig werde. Es sei zu hoffen, daß es nicht zu einer Überkapazität komme, zu einer Art von „Butterberg“ auf dem Gebiet des Kernbrennstoffes.

Bevor er zum Nahost-Problem übergehe, wolle er noch ein mögliches Mißverständnis ausräumen: Wenn er vorhin von dem Bau von Nuklearkraftwerken gesprochen habe, so möchte er nicht falsch verstanden werden. Die Bundesrepublik beabsichtige, in den nächsten Jahren eine Reihe von Kraftwerken auf Kohlebasis zu errichten und manche Vorhaben, die erst für später geplant worden seien, aus energiepolitischen und beschäftigungspolitischen Gründen vorzuziehen.

Was Präsident Pompidou zum Nahen Osten gesagt habe, habe ihn sehr interessiert. Über dieses Thema hätten die beiden Gesprächspartner sich ja schon früher unterhalten. Er bitte Präsident Pompidou davon auszugehen, daß neben der Europapolitik in den Erwägungen des deutschen Regierungschefs auch die deutsch-israelischen Beziehungen, aus denen man „nicht aussteigen“ könne, eine Rolle spielten, was bei bestimmten Positionen berücksichtigt werden müsse. Vielleicht werde dies nicht von allen arabischen Ländern verstanden. In diesem Sommer habe er aber mit einem Vertreter der arabischen Welt, auf den es ankomme, darüber gesprochen und sei nicht auf eine negative Reaktion gestoßen. Auch in bezug auf die jetzige Stellungnahme der Neun<sup>23</sup> sollte man „nicht päpstlicher sein als die arabischen Päpste“. Gewisse Berichtigungen der Grenzen seien im Nahen Osten erforderlich, sonst werde man nicht zu Rande kommen. Frankreich habe dagegen mehr Möglichkeiten als die Bundesrepublik, wenn auch kürzlich ein Bundesminister bei Sadat gewesen sei<sup>24</sup> und Gespräche mit anderen arabischen Ministern geführt würden. Er – der Herr Bundeskanzler – glaube, daß man bei den Arabern alles fördern sollte, was sie zu einer engeren Kooperation mit Europa hinführen könne.

In diesem Zusammenhang wolle er noch ein Wort sagen über die Mißverständnisse mit den USA während der Kriegsgeschehnisse im Oktober (wenn es Mißverständnisse gewesen seien): Die Bundesregierung habe nicht – wie viele geglaubt hätten – den Amerikanern hineingeredet, als diese Waffen aus der Bundesrepublik in andere Gebiete verbracht hätten.<sup>25</sup> Er habe allerdings – nicht öffentlich – gesagt, daß er wissen möchte, was mit den Waffen aus dem Bundesgebiet geschehe. Die Bundesregierung habe sich gemeldet, als nach der Waffenruhe demonstrativ Waffen auf nicht amerikanischen Schiffen von Nordsee-

22 Zu den Verhandlungen von Elektrizitätsversorgungsunternehmen aus der Bundesrepublik über die Lohnanreicherung von Uran in der UdSSR vgl. Dok. 257.

23 Für die Nahost-Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 6. November 1973 vgl. Dok. 363, Anm. 3.

24 Zum Gespräch des Bundesministers Eppler mit Präsident Sadat am 20. November 1973 vgl. Dok. 384.

25 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen vom Bundesgebiet aus an Israel vgl. Dok. 322, besonders Anm. 6 und 12.

Vgl. dazu auch die Gespräche des Staatssekretärs Frank mit dem amerikanischen Botschafter Hilgenbrand und mit Gesandtem Cash; Dok. 335, Dok. 337 und Dok. 343.

häfen zu anderen Zielen verbracht werden sollen. Dieses Vorgehen der Amerikaner sei nicht hilfreich gewesen. Es habe zu einer Verstimmung geführt, die inzwischen aber wieder überwunden sei, wenn auch Kissinger und andere gelegentlich noch unangenehme Bemerkungen machten. Die Bundesregierung habe es auch nicht geschätzt, daß sie von der Mobilmachung der USA am 24./25. Oktober, die auch die auf deutschem Boden stationierte VII. amerikanische Armee betroffen habe, erst durch die Presse erfahren habe.<sup>26</sup> Er glaube, die Amerikaner hätten inzwischen verstanden, daß es so nicht gehe. Er habe einen Meinungsaustausch mit Präsident Nixon gehabt<sup>27</sup> und glaube, daß die Angelegenheit jetzt beigelegt und dieser von der Notwendigkeit einer besseren Konsultation in solchen Fällen überzeugt sei. Damit sei nicht ausgeschlossen, daß der jetzige amerikanische Außenminister es zeitweilig für nötig halte, Moskau und Peking gegenüber mehr Vertrauen zu zeigen als gegenüber seinen Verbündeten in der Atlantischen Allianz. Aber darüber werde man zusammen mit den USA hinwegkommen.

Präsident *Pompidou* unterstrich, daß in all diesen Fragen der wirtschaftliche Aspekt sehr wichtig sei; er halte aber auch den politischen Aspekt für wichtig. In diesem Zusammenhang erinnerte er den Herrn Bundeskanzler an die Gespräche, die er 1971<sup>28</sup> mit ihm auf der „*Loreley*“ geführt habe.<sup>29</sup> Er habe ihm gesagt, daß man eines Tages versuchen müßte, die Kapitalbewegungen zu kontrollieren, daß die Araber über enorme Kapitalmengen verfügen würden. Dies sei nicht so sehr aus finanziellen Gründen, sondern aus politischen Gründen zweckmäßig. Damals habe er nicht an das Erdölproblem gedacht. Diese Fragen könne man nur im Rahmen des internationalen Währungssystems und besonders im Rahmen eines europäischen Systems regeln. Dies sei nur ein Beispiel.

Er wolle wegen des Erdöls keinen „kleinen verbalen Krieg“ mit Holland ansetzen, aber bisher habe gerade Holland nicht viel Solidarität an den Tag gelegt. Es habe vielmehr versucht, seine geographische Lage maximal auszunutzen, und zwar aus sehr nationalistischen Erwägungen, die mit dem Wort „Supranationalität“ überdeckt worden seien. Er wiederhole nochmals, daß die Solidarität in alle Richtungen funktionieren müsse. Vielleicht könne der Herr Bundeskanzler dabei hilfreich sein, indem er die Holländer davon überzeuge, daß das heutige Frankreich nicht mehr das Frankreich von Ludwig XIV. sei. Die Holländer hätten offenbar noch heute Angst vor einer französischen Invasion. Abgesehen davon, daß dies nicht gelingen würde, habe Frankreich auch gar nicht die Absicht, es zu versuchen.

Staatspräsident Pompidou erklärte dann, er sei zutiefst davon überzeugt, daß eine Entente zwischen der Bundesrepublik und Frankreich die wesentliche Grundlage („la base essentielle“) (er sage nicht die einzige, aber die wesentliche Grundlage) Europas sei. Er glaube, daß bei allen – auch den nicht offiziellen

<sup>26</sup> Zur Versetzung der amerikanischen Streitkräfte in Alarmbereitschaft am 24. Oktober 1973 vgl. Dok. 343, Anm. 5.

<sup>27</sup> Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Brandt und Präsident Nixon vom 28. bzw. 30. Oktober 1973; Dok. 342, bzw. Dok. 342, Anm. 5.

<sup>28</sup> Korrigiert aus: „1970“.

<sup>29</sup> Für das Gespräch am 5. Juli 1971 auf dem Rheinschiff „*MS Loreley*“ vgl. AAPD 1971, II, Dok. 228 und Dok. 229.

Schritten und Anstrengungen, die Frankreich unternehme – die Freundschaft wie auch die Solidarität gegenüber der Bundesrepublik sehr deutlich zum Ausdruck kämen.

Zu den langfristigen energiepolitischen Maßnahmen zurückkehrend, sagte Präsident Pompidou, daß von 1980 an die Kapazität der französischen Urananreicherungsanlage den französischen Bedarf beträchtlich übersteigen werden. Daher möchte man auch anderen Partnern die Möglichkeit bieten, sich an EURODIF zu beteiligen. Er verstehe, daß bis 1980 die Bundesrepublik Wert auf die Möglichkeit lege, auch Brennstoff aus den USA und der Sowjetunion zu beziehen. Es sei aber eine Tatsache, daß die USA mit dem Preis für den Brennstoff, den sie exportierten, auch die Kosten für die eigenen Investitionen decken wollten. Es sei nicht normal, daß man sich bereit erkläre, dies für längere Zeit hinzunehmen. Wenn man die Investitionen schon mitfinanzieren müsse, so sei es besser, diese in Europa zu tätigen. Bis 1980 sei aber noch Platz für Importe. Für die Zeit zwischen 1980 und 1985 stehe man vor zwei Möglichkeiten: Entweder erweise sich das Ultrazentrifugensystem als befriedigend. In diesem Fall sei Frankreich bereit, ernsthaft das Angebot einer möglichen Beteiligung an diesem System zu prüfen. Dann könnte das Zentrifugenverfahren das Gasdiffusionsverfahren ablösen. Oder der Bedarf werde noch größer, so daß man beschließe, die Gasdiffusionsanlage noch zu verstärken. Er sei aber in bezug auf beide Verfahren aufgeschlossen. Das Zentrifugenverfahren sollte nicht behindert werden, wenn sich dadurch billigere Energie erzeugen lasse.

Er sehe zwischen den beiden Systemen keinen Gegensatz, sondern eine Komplementarität. Frankreich sei, wie gesagt, bereit, zusammen mit der Bundesrepublik, England und Holland zusätzliche Untersuchungen vorzunehmen und sich eventuell an dem Zentrifugenverfahren zu beteiligen.

II. Was die Haltung gegenüber den arabischen Ländern in der Nahost-Frage betreffe, so verstehe er – *Pompidou* – das, was der Herr Bundeskanzler über den deutschen Standpunkt gesagt habe. Er müsse gestehen, daß er in bezug auf die Lage im Nahen Osten pessimistisch bleibe. Er glaube zwar, daß es eine kleine – vielleicht sollte er sagen, eine recht gute – Chance gebe, eine Einigung zwischen Israel und Ägypten herbeizuführen, da diese unter dem Druck der USA bzw. der Sowjetunion stünden. Man müßte erreichen, daß sich auch Syrien und Jordanien anschließen. Seiner Auffassung nach könne man dabei aber nicht ohne die Rolle des Sicherheitsrats auskommen. Es sei möglich, daß eine bestimmte Anzahl von arabischen Staaten wie der Irak, vielleicht auch Saudi-Arabien und Algerien, wahrscheinlich Libyen und sogar andere gemäßigtere Länder wie Tunesien die Vereinbarung nicht anerkennen werden. In diesem Falle würden die vertragschließenden Regierungen, wie diejenige von Sadat, ständig neuen Pressionen ausgesetzt, z. B. seitens der Jugend und der Armee, so daß es erneut zu einem Kriegsausbruch kommen könne. Aus diesem Grunde lege er – *Pompidou* – großen Wert auf die Rolle des Sicherheitsrats, nicht aus Gründen der persönlichen Eitelkeit, sondern wegen der Möglichkeit der USA und der Sowjetunion, gegebenenfalls ihr Veto gegen einseitige Beschlüsse einzulegen. Nur so könne das Gleichgewicht gewahrt werden, was leider 1967 nicht möglich gewesen sei.<sup>30</sup> Bei den jüngsten Ereignissen hätten sich viele

30 Zum israelisch-arabischen Krieg vom 5. bis 10. Juni 1967 („Sechs-Tage-Krieg“) vgl. Dok. 15, Anm. 54.

über den Ausgang getäuscht.<sup>31</sup> Mancherseits habe man geglaubt, es würde genügen, wenn die Israelis den Arabern einen Schlag versetzen, um die ganze Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. Zum ersten Mal sei man nicht sicher gewesen, ob es nicht zu einer massiven Intervention der USA komme, habe die Existenz von Israel selbst auf dem Spiel gestanden. Es habe sich erwiesen, daß der Standpunkt, den General de Gaulle 1967 eingenommen habe<sup>32</sup>, richtig gewesen sei. Eine bestimmte Anzahl von Vorschlägen, die bisher immer abgelehnt worden seien, würden jetzt in Erwägung gezogen.

Die französische Politik sei nicht gegen Israel gerichtet, man müsse aber verstehen, daß die Existenz Israels von den Außenbeziehungen abhänge, wobei nicht nur die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn, sondern die Beziehungen zu der gesamten arabischen Welt eine Rolle spielen. Er glaube, daß es gefährlich für Israel wäre, sich nur mit den angrenzenden Ländern zu verständigen, ohne die Zustimmung des wesentlichen Teils der arabischen Welt.

Der Herr Bundeskanzler habe etwas über die Haltung der USA bei den jüngsten Ereignissen gesagt. Er – Pompidou – verhehle nicht, daß er nicht wisse, ob die Entscheidung zu einem verstärkten Alarm seitens der Amerikaner gerechtfertigt gewesen sei. Man könnte lange darüber diskutieren. Sicherlich hätten diese Geschehnisse aber seiner Ansicht nach gezeigt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten, wenn es eines Tages zu einer ernsten Krise komme, die Macht der USA einsetzen werde ohne vorherige Konsultationen, ohne Erörterung im NATO-Rat. Er werde vielmehr seine Entscheidung allein treffen. Wenn er genügend Zeit habe und nicht allzu besorgt sei, werde er vielleicht aus Höflichkeit ein Wort darüber sagen, aber entscheiden werde er allein. Dies habe man in Frankreich immer geglaubt, und darum habe General de Gaulle die bekannte Haltung gegenüber der integrierten Organisation eingenommen.<sup>33</sup> Es ergäben sich daraus Probleme, über die man noch ausführlicher sprechen könne. Man könne natürlich sagen, daß sich Dinge mit den Personen ändern könnten. Der Herr Bundeskanzler glaube aber doch wohl auch nicht, daß Brezhnev die Bulgaren konsultieren würde, wenn er eine Entscheidung dieser Art zu treffen hätte. Dies sei zwar nicht das gleiche, aber auch wieder nicht etwas ganz anderes.

Präsident Pompidou führte weiter aus, er verstehe, daß die Position der Bundesrepublik besonders wichtig und schwierig sei. Für das, was der Herr Bundeskanzler über die Beziehungen zu Israel gesagt habe, habe man in Frankreich Verständnis. Andererseits sei die Bundesrepublik im Falle eines Konflikts in Europa am meisten exponiert, sie würde sich im Zentrum der Gescheh-

<sup>31</sup> Zum Beginn des israelisch-arabischen Kriegs („Jom-Kippur-Krieg“) am 6. Oktober 1973 vgl. Dok. 312, Anm. 6.

Zum Waffenstillstand vom 11. November 1973 vgl. Dok. 371, Anm. 4.

<sup>32</sup> Am 21. Juni 1967 erklärte die französische Regierung zur Nahost-Krise: „La France a pris position contre la guerre en Orient. Certes, elle tient pour juste que chaque Etat en cause – notamment celui d’Israël – puisse vivre. Elle blâmait donc la menace de détruire qu’avaient agitée ses voisins, et elle réservait sa position quant à l’hypothèque établie à l’encontre de cet Etat au sujet de la navigation dans le golfe d’Akaba. Mais elle condamne l’ouverture des hostilités par Israël. [...] Aujourd’hui elle ne tient pour acquis aucun des changements réalisés sur le terrain par l’action militaire.“ Vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1967, S. 131.

<sup>33</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

nisse befinden. Aus diesem Grunde sei auch er – Pompidou – beunruhigt, denn der Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland sei nicht enorm, er betrage nur einige Tage. Man stehe vor einem Widerspruch, den man akzeptieren müsse: Einerseits brauche man die Hilfe und den Schutz der Vereinigten Staaten – wobei der Schutz Europas ganz im Interesse der USA liege –, und andererseits wisse man, daß die Entwicklung „uns gebiete, etwas zu haben, was nicht nur von der Allianz und deren Hilfe abhänge“. Andernfalls würde man nicht mehr viel zählen. Dies sei ein Widerspruch, mit dem man noch lange leben müsse, man müsse ihn hinnehmen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, daß man am Nachmittag das Gespräch über die europäischen Dinge fortsetzen könne.<sup>34</sup> Er möchte jetzt nur noch zwei Bemerkungen machen. Was den Nahen Osten betreffe, so habe er nicht nur durch Mittelsleute, sondern auch Frau Golda Meir kürzlich direkt gesagt, wie vieles davon abhänge, daß Israel bestimmte Positionen überdenke.<sup>35</sup> Dies müßte man aber auch den anderen gegenüber sagen, die zum Teil von ihren allzu überspannten Positionen heruntergehen müßten, wenn man zu einer halbwegs stabilen Friedensregelung kommen wolle.

Zu den Verteidigungsfragen, auf die man vielleicht noch zurückkommen werde, sagte der Herr *Bundeskanzler*, man sollte sich in Europa eine „europäische souveräne Verteidigung“ zum Ziel setzen, wie er es in Straßburg genannt habe.<sup>36</sup> Auf dem Weg dahin müsse man sich weiterhin um eine Strategie bemühen, bei der die USA einen wichtigen Platz einnähmen, solange das nukleare Gleichgewicht der Vereinigten Staaten nicht zu ersetzen sei. Für die Bundesrepublik seien angesichts der exponierten Lage zwei Dinge von Bedeutung: die Konsultationen mit den Alliierten und die neue Wehrstruktur<sup>37</sup>. Die Reform der Wehrstruktur sei kurzfristig beschlossen worden, nicht um die Bundeswehr zu schwächen, sondern um sie zu stärken und wirksamer zu machen, wobei aber der defensive Charakter noch deutlicher zum Ausdruck gebracht werde. So habe man z.B. die Feldlazarette abgeschafft, weil man der Auffassung sei, daß ein Land, das nicht die Absicht habe, einen Krieg woanders hinzutragen, sich mit der eigenen Sanitätsorganisation sollte begnügen können. Den Russen sei im übrigen öffentlich gesagt worden, daß für jeden zusätzlichen teuren Panzer, der irgendwo im Osten, auch in der DDR, aufgestellt werde, in der Bundesrepublik mehr als zwei billigere panzerbrechende Waffen angeschafft werden würden. Er glaube, daß die Freunde und die potentiellen Gegner dies verstehen werden.

Präsident *Pompidou* sagte, daß man natürlich auf diese Fragen zurückkommen werde. Im Zusammenhang mit den energiepolitischen Maßnahmen auf

34 Vgl. Dok. 393.

35 Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsidentin Meir trafen sich im Rahmen der „Sozialistischen Internationale“ am 11. November 1973 in London. Vgl. dazu Dok. 371, Anm. 3.

36 Am 15. November 1973 führte Bundeskanzler Brandt vor dem Europäischen Parlament in Straßburg zum Ziel einer Europäischen Politischen Union mit einer europäischen Regierung aus: „Einer solchen Art europäischen Regierung werden die Gemeinschaft der Wirtschaft und Währung, die Sozialgemeinschaft, vielleicht auch ein Stück Bildungsgemeinschaft, doch ganz gewiß die Gemeinschaft der Außenpolitik und – mit zwingender Logik eines Tages auch – die Gemeinschaft der in europäischer Souveränität verwalteten Sicherheit zugeordnet werden.“ Vgl. BULLETIN 1973, S. 1459.

37 Zum Bericht der Wehrstrukturkommission vom 28. November 1972 vgl. Dok. 10, Anm. 7.

mittel- oder langfristige Sicht wolle er nur noch hinzufügen, daß er die „Electricté de France“ mehrmals dazu gedrängt habe, mehr Kohlekraftwerke zu bauen. Frankreich habe auf diesem Gebiet allerdings weniger Möglichkeiten als die Bundesrepublik; aber in dem Maße, in dem dies möglich sei, werde es geschehen. Seit langem habe er unterstrichen, daß man zu Unrecht Großbritannien wegen seiner angeblich schlechten Wirtschaftslage beklage: England sei wahrscheinlich das einzige Land Europas, das wirtschaftlich unabhängig sei, denn es verfüge über Kohle, Erdöl und Erdgas aus der Nordsee. Die Bundesrepublik und Frankreich dagegen seien von der Außenwelt abhängig. Dies gelte für Frankreich noch mehr als für Deutschland, weil dieses Kohle besitze. Er hoffe, daß auch die sogenannten Experten dies noch einmal merkten und den Politikern recht gäben. Jahrelang habe er die Gesellschaft „Gaz de France“ darauf hingewiesen, daß sie mit Algerien und Rußland etwas tun sollte. Man habe aber nicht auf ihn gehört. Er sei der Auffassung, daß sich die Experten immer irrten!

Abschließend bemerkte der Herr *Bundeskanzler*, daß man durch die jetzige Lage wenigstens ein Thema losgeworden sei, was einen jahrelang beschäftigt habe: den Absatz der Saarkohle aufgrund des entsprechenden Vertrages.<sup>38</sup>

Das Gespräch endete um 12 Uhr 30.

**Bundeskanzleramt, AZ: 30 100 (56), Bd. 39**

<sup>38</sup> In Artikel 83 des deutsch-französischen Abkommens vom 27. Oktober 1956 zur Regelung der Saar-Frage (Saar-Abkommen) verpflichtete sich Frankreich zur jährlichen Abnahme von 33 % der zum Verkauf verfügbaren Saarkohle. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil II, S. 1633. Bereits seit der Jahreswende 1966/67 forderte die französische Regierung, die Bundesregierung solle sich an der daraus für Frankreich resultierenden finanziellen Belastung beteiligen. Mit Kabinettsbeschuß vom 19. Februar 1969 erklärte sich die Bundesregierung schließlich bereit, ca. 30 % der französischen Verluste zu übernehmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III A 5 vom 28. Februar 1969; Referat III A 5, Bd. 697. Vgl. dazu auch AAPD 1969, I, Dok. 7. Zum französischen Vorschlag, diese Regelung vorzeitig auslaufen zu lassen, vgl. AAPD 1971, II, Dok. 230.

**Gespräch des Bundesministers Scheel  
mit dem französischen Außenminister Jobert in Paris**

**MB 2262/73 geheim**

**26. November 1973<sup>1</sup>**

Gespräch zwischen dem Herrn Bundesaußenminister und Außenminister Jobert am 26. November 1973 um 11.45 Uhr im Quai d'Orsay

Minister *Jobert* fragte zunächst, wie er jenes „schreckliche Wort“ des Herrn Ministers verstehen dürfe, es gebe keine europäische Solidarität.

Der Herr *Minister* erwiderte, dies habe er nie gesagt und würde er auch nie äußern. Er habe vielmehr gesagt, es bestehe eine De-facto-Solidarität, die sich aus der Interdependenz der nationalen Wirtschaften der EG-Mitgliedstaaten ergebe; und alle müßten wissen, daß diese Solidarität besteht. Allerdings sei er gleichfalls der Auffassung, man solle hierüber nicht ausdrücklich eine Erklärung abgeben. So sei er ja auch z. B. der Meinung gewesen, man solle keine Erklärung gegenüber den Arabern abgeben, obwohl diese De-facto-Solidarität bestehe.

Außenminister *Jobert* berichtete, Präsident *Pompidou* habe vor kurzem Gespräche mit *Ghadafi* geführt.<sup>2</sup> Seines Erachtens sei es nur verständlich, wenn dieser angesichts seiner einmal eingenommenen Haltung es nun für eine Frage seiner Würde halte, diese Haltung nicht zu ändern. *Ghadafi* wolle weder Ratschläge noch gar Anweisungen annehmen. In den Gesprächen sei sicherlich in der Hauptsache eine Analyse der Erdölsituation vorgenommen worden. Wenn General *de Gaulle* im Jahre 1967 die Entscheidung gefällt habe, Israel keine Waffen zu liefern, so habe er dabei sicherlich nicht an Öl gedacht. Wenn heute die französische Haltung zum Nahost-Konflikt mit dem Öl in Verbindung gebracht werde, so entspreche das nicht der französischen Position. Dies habe Präsident *Pompidou* *Ghadafi* auch sicherlich erklärt.

Nach der Auffassung *Ghadafis* befragt, berichtete Minister *Jobert*, dieser bestreite die Existenzberechtigung des Staates Israel. Die Juden, so sage *Ghadafi*, lebten überall, auch in den europäischen Staaten, und er selbst sei bereit, afrikanische Juden in seinem Lande aufzunehmen, wo sie friedlich neben den Libyern würden leben können. Zur Frage, warum er nicht zur Konferenz nach Algier<sup>3</sup> fahre, habe *Ghadafi* erklärt, er befindet sich nicht in Übereinstimmung mit Präsident *Sadat* und König *Feisal*. Er selbst (*Jobert*) habe ihm während der Autofahrt zum Flughafen erklärt, Frankreich sei interessiert an der Inten-

<sup>1</sup> Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Siebourg am 28. November 1973 gefertigt. Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hallier am 30. November 1973 Staatssekretär Frank „zur persönlichen Kenntnisnahme“ zugeleitet. Hallier vermerkte dazu: „Der Herr Bundeskanzler und Herr D 2 sowie Botschafter von Braun haben ebenfalls ein Doppel erhalten.“

Hat Frank am 9. Dezember 1973 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14054 (010); B 150, Aktenkopien 1973.

<sup>2</sup> Zum Aufenthalt des Präsidenten *Ghadafi* am 24./25. November 1973 in Paris vgl. Dok. 382, Anm. 15.

<sup>3</sup> Zur arabischen Gipfelkonferenz vom 26. bis 28. November 1973 in Algier vgl. Dok. 390, Anm. 10.

sivierung einer umfassenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die nicht auf ein paar Waffenlieferungen beschränkt sein solle.

In seiner Rede vor der WEU-Versammlung habe er diesen Gedanken einer Abstimmung zwischen den europäischen Staaten und den Mittelmeeranrainern einschließlich der arabischen Staaten im Hinblick auf eine erweiterte Zusammenarbeit ebenfalls entwickelt.<sup>4</sup> Sowohl Präsident Bourguiba wie Masmoudi und Zayyat hätten sich ebenfalls für eine solche Konferenz ausgesprochen. Nach deren Meinung würde es sich um eine Konferenz von neun plus zwanzig Staaten handeln. Er würde dies für eine gute Sache halten und glaube, daß in Algier ebenfalls hierüber diskutiert worden sei. Leider aber habe die Presse dies überhaupt nicht aufgenommen, sondern lediglich über seine Äußerungen zur Verteidigungssituation<sup>5</sup> berichtet. Infolgedessen habe er die französischen Botschafter in den arabischen Staaten angewiesen, diesen Gedanken dort jeweils wieder aufzunehmen.

Der Herr *Minister* erwiderte, sobald eine Stabilisierung der Lage in Nahen Osten eingetreten oder gar ein Friedensvertrag geschlossen sei, werde es sicher möglich sein, in Erörterungen darüber einzutreten, welche Vorstellungen die einzelnen betroffenen Staaten von einer solchen Zusammenarbeit haben. In der gegenwärtigen Situation, und dies sei ja auch in Kopenhagen bereits erörtert worden<sup>6</sup>, sei es notwendig, direkte Kontakte zu den Arabern und zu Israel herzustellen. Damit würde man auch dem diesbezüglichen israelischen Wunsch Rechnung tragen. Wie dies aber geschehen könne, sei bisher nicht geklärt. Sie beide (Jobert und Scheel) seien der Auffassung gewesen, man solle die Konferenz von Algier abwarten. Er selbst halte es für nützlich, diese Kontakte noch vor Beginn der Genfer Konferenz<sup>7</sup> herzustellen.

Minister *Jobert* sagte, anstatt den Arabern Gelegenheit zum Streit zu bieten, solle man ihnen vielmehr positive Ideen und Aussichten entgegenhalten. Wenn sie also mit Europa über wirtschaftliche Fragen sprechen wollten, so dürfe man sie nicht zurückweisen.

Der Herr *Minister* fügte hinzu, dasselbe gelte gegenüber Israel.

Außenminister *Jobert* erklärte, es müsse ebenfalls vermieden werden, daß die Araber mit der Begründung, Europa gehe auf ihre Wünsche ja nicht ein, sich voll der Sowjetunion zuwenden.

<sup>4</sup> Am 21. November 1973 führte der französische Außenminister Jobert vor der WEU-Versammlung in Paris aus: „Pour cela, nul besoin d'intermédiaires, comme il n'en est pas nécessaire non plus quand bientôt d'autres groupements, qui se hissent sur la scène mondiale, voudront définir et fonder leurs rapports avec l'Europe, en laquelle ils auront reconnu un partenaire loyal, pouvant répondre à leurs perspectives dans l'égalité et l'échange. Ceci serait à l'évidence possible avec les Etats de l'Orient, si proches de l'Europe, on le sait bien. Cela l'est avec les pays de la Méditerranée, qui reconnaissent comme nous, au milieu des secousses actuelles, que la communauté de destin, inscrite déjà dans la géographie, ne doit pas manquer le rendez-vous que l'actualité lui suggère, avec une entêtaante insistance.“ Vgl. *La POLITIQUE ETRANGÈRE* 1973, II, S. 209.

<sup>5</sup> Zu den Ausführungen des französischen Außenministers Jobert am 21. November 1973 vor der WEU-Versammlung in Paris zu Fragen der Verteidigung vgl. Dok. 389, Anm. 4.

<sup>6</sup> Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 20. November 1973 vgl. Dok. 383.

<sup>7</sup> Am 21. Dezember 1973 wurde in Genf die Friedenskonferenz für den Nahen Osten eröffnet, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie ein persönlicher Vertreter des UNO-Generalsekretärs Waldheim teilnahmen.

Der Herr *Minister* erwiderte, ebensowenig wollten die Araber sich ausschließlich und alternativlos den USA zuwenden.

Minister *Jobert* entgegnete, zur Zeit allerdings begäbe Ägypten sich voll und mit Freuden in die Arme von Herrn Kissinger und erlaube den USA, zwischen Israel und den Arabern den Schiedsrichter abzugeben.

Der Herr *Minister* erwiderte, dennoch wollten die Araber ihre Beziehungen zu Europa wieder stärker entwickeln.

Kurz bevor er im Frühjahr dieses Jahres in den Nahen Osten gereist sei<sup>8</sup>, sei er in den USA gewesen.<sup>9</sup> Außenminister Rogers habe ihn damals gebeten, den Arabern mitzuteilen, die USA seien bereit, eine objektive Haltung gegenüber dem Nahen Osten einzunehmen; bevor aber Friedensverhandlungen nicht aufgenommen seien, könnten die USA wegen der innenpolitischen Situation und der starken Lobbies keine öffentliche Erklärung über ihre objektive Position abgeben. Er (Scheel) habe dieses gegenüber seinen arabischen Gesprächspartnern verteidigt, aber man habe ihm wohl nicht geglaubt. Erst in jüngster Zeit hätten die Araber ihre Verhaltensweise dementsprechend eingerichtet. Vielleicht allerdings sei den Arabern daran gelegen gewesen, zunächst vor der Aufnahme von Verhandlungen ihre militärische Stärke klarzumachen. Außerdem hätten sie zunächst die Absprache mit den arabischen Ölproduzenten herstellen müssen.

Das Gespräch wandte sich dann der Frage der gemeinsamen Verteidigungspolitik zu. Minister *Jobert* erklärte, in seiner Rede vor der WEU-Versammlung habe er einige vorsichtige Äußerungen getan. Im Grunde seien alle, außer der WEU selbst, mehr oder minder derselben Auffassung. Die Bundesregierung gebe der einen Lösung den Vorzug, der gegenüber Frankreich gewisse Vorbehalte habe.<sup>10</sup> Er glaube jedoch, daß dies zwischen Deutschland und Frankreich ausgeräumt werden könne.

Der Herr *Minister* erklärte, die deutschen Vorbehalte ergäben sich aus der Überlegung, daß die Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen unter den Neun entwickelt werden müsse, und es sei schwierig, den sieben WEU-Mitgliedern die beiden fehlenden Partner innerhalb des WEU-Rahmens noch anzugliedern. Ebenso sei es schwierig, in der Eurogroup mit der Entwicklung eines gemeinsamen Verteidigungskonzepts voranzukommen. Die Bundesregierung halte an dem Grundsatz der Zusammenarbeit auch in Verteidigungsfragen unter den Neun fest; angesichts des parallelen Bestehens von Eurogroup und WEU ergäben sich gewisse Schwierigkeiten; es gelte, eine flexible Konstruktion zu finden.

Der Herr *Minister* erklärte ferner, er sei der Meinung, daß die Reden von Minister *Jobert* und Minister *Leber*<sup>11</sup> sich im Grundsätzlichen nicht widersprüchen.

<sup>8</sup> Bundesminister Scheel hielt sich vom 20. bis 22. Mai in Ägypten, vom 22. bis 24. Mai in Jordanien und am 24./25. Mai 1973 im Libanon auf. Vgl. dazu Dok. 170, Dok. 173, Dok. 176 und Dok. 189.

<sup>9</sup> Bundesminister Scheel hielt sich in Begleitung von Bundeskanzler Brandt am 1./2. Mai 1973 in den USA auf. Zu den Gesprächen über den Nahost-Konflikt vgl. Dok. 124 und Dok. 128.

<sup>10</sup> Zur französischen Haltung hinsichtlich einer verstärkten verteidigungspolitischen Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 300.

<sup>11</sup> Am 22. November 1973 führte Bundesminister *Leber* vor der WEU-Versammlung in Paris aus: „Es wird vielmehr unsere Aufgabe sein, mehr als bisher die europäische Zusammenarbeit innerhalb

Unterschiede beständen vielmehr nur in den Akzentsetzungen und in der den beiden Rednern jeweils typischen Sprache. Die Kommentare andererseits, die er (Scheel) über die Rede von Minister Leber gelesen habe, seien dem Inhalt nicht gerecht geworden.

Minister *Jobert* erklärte, er selbst habe als den wesentlichen Punkt in seiner Rede den Gedanken vom zweiten Weg der Verteidigung gefunden. Dies allerdings sei in den Presseberichten nicht recht zum Ausdruck gekommen.

Der Herr *Minister* erklärte, er könne nur noch einmal wiederholen, daß Minister Leber im Grunde dieselbe Position einnehme, die im übrigen mit den Gymnicier Beschlüssen des Bundeskabinetts<sup>12</sup> übereinstimme. Allerdings sei die Rede von Minister Leber wohl vor der Rede von Minister *Jobert* konzipiert gewesen.

Minister *Jobert* erklärte, es bestehe die Gefahr, daß die Amerikaner sich aus Europa zurückziehen. Er selbst habe immer wieder erklärt, er sei gegen einen solchen Abzug. Da er aber möglicherweise doch erfolge, müsse Europa sich hierüber Gedanken machen. Vielleicht habe auch Präsident Nixon gegenwärtig keine genügend starke Position, um zu erklären, ein Rückzug Amerikas aus Europa entspreche nicht dem amerikanischen Interesse.

Minister *Scheel* erwiederte, dies sei eben der Grund, weswegen er der Auffassung sei, es müsse eine gemeinsame Verteidigungspolitik entsprechend den Bedürfnissen der EG-Mitgliedstaaten entwickelt werden. In den achtziger Jahren werde die Union bestehen<sup>13</sup>, d. h. eine gemeinsame Regierung mit gemeinsamer Politik in einigen Bereichen, auch in der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik. Man müsse mit dem Blick auf die Zukunft und die dann möglichen Notwendigkeiten heute handeln. Zwar wisse man heute nicht, wie die Lage in den achtziger Jahren aussehe, aber der Partner der USA müsse Europa jedenfalls sein, und dieser Partner brauche eine eigene Verteidigungspolitik. Er stimme infolgedessen mit Minister Leber voll darin überein, daß ein gemeinsames Konzept notwendigerweise entwickelt werden müsse, und er glaube ferner, daß man sich unter den Neun darauf auch werde einigen können, auch ohne öffentliche Erklärungen, vielmehr in stillschweigender Entwicklung einer solchen Politik.

Minister *Jobert* räumte ein, der Nachteil der WEU sei, daß, sollte sie der zweite Pfeiler eines Verteidigungskonzepts werden, sie dann möglicherweise dem

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1903*

der Allianz zu fördern, unsere gemeinsamen Anstrengungen deutlicher und rationeller als bisher zusammenzufassen, um den Willen der Westeuropäer zu einem angemessenen Beitrag zur westlichen Sicherheit zu manifestieren und den Vereinigten Staaten ihre Präsenz in Europa zu erleichtern. [...] Die Regierung, der ich angehöre, sieht in der Eurogroup Ansätze für einen europäischen Pfeiler innerhalb der NATO, den wir nachhaltig unterstützen werden. Die pragmatische und flexible Art unserer Kooperation ohne eine sonst notwendige Organisation ermöglicht die unmittelbare Einflußnahme der verantwortlichen Minister auf die Entwicklung dieser Zusammenarbeit. Sie garantiert auf der anderen Seite, daß die Arbeit der Eurogroup nicht die politische Integration hemmt. Ich glaube, daß wir so Erfahrungen für die Europäische Union sammeln können, die den Integrationsprozeß fördern und die Verknüpfung der Europäischen Union mit dem Atlantischen Bündnis erleichtern.“ Vgl. BULLETIN 1973, S. 1513.

<sup>12</sup> Zur europapolitischen Verhandlungslinie der Bundesregierung vgl. Dok. 361.

Zur Sondersitzung des Kabinetts am 15. November 1973 auf Schloß Gymnich vgl. Dok. 372, Anm. 9.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Ziffer 16 der Erklärung der europäischen Gipfelkonferenz am 19./20. Oktober 1972 in Paris; Dok. 18, Anm. 11.

Bündnis etwas von seinem Gewicht nähme, der Rahmen der WEU jedoch sei praktisch und dafür geeignet, daß die Europäer darin ihre Besorgnisse zum Ausdruck brächten und miteinander erörterten.

Der Herr *Minister* entgegnete, die Bundesregierung sei immer für die Nutzung der durch die WEU gegebenen Möglichkeiten gewesen, wolle ihr aber heute nicht neues Leben eingeben. Die Bundesregierung habe vielmehr versucht, andere Lösungen zu finden. Diese seien nicht notwendigerweise im Rahmen der NATO, aber doch in ihrer Nähe anzusiedeln. In diesem Zusammenhang sei Minister Leber der Auffassung, daß die Eurogroup eben bestehe und einen wirksamen und flexiblen Rahmen für die Zusammenarbeit abgeben könne.

Auch der deutsch-französische Vertrag trage den beiden Unterzeichnerstaaten auf, im Bereich der Rüstung und der verteidigungsspezifischen Forschung Zusammenarbeit zu praktizieren<sup>14</sup>; hier bestehe eine gewisse Absorptionskraft, ein gewisses Potential, das ebenfalls eine der Grundlagen einer gemeinsamen Sicherheitspolitik abgeben könne. Zur Zeit müßten wir wegen der Offset-Vereinbarungen<sup>15</sup> Rüstungskäufe in den USA tätigen, suchten jedoch Wege für eine deutsch-französische Zusammenarbeit. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage nach dem burden sharing. Dies bedeute nicht, daß wir die amerikanische Präsenz bezahlten, es erweise sich lediglich die Notwendigkeit dafür, daß die Europäer ihre eigene Verantwortung übernehmen. Bis zu dem Zeitpunkt, da Europa den ihm zukommenden Teil an der verteidigungspolitischen Verantwortung übernehmen könne und da die USA den ihnen zukommenden Teil aus eigenem Interesse erfüllten, werde es notwendig bleiben, Offset-Vereinbarungen zu verhandeln.

Minister *Jobert* entgegnete, das französische Anliegen sei, daß man sich auch über die Dimensionen der Verantwortung Gedanken mache und klar werde. Deshalb habe Frankreich auf die Möglichkeiten aufmerksam gemacht, die die WEU hier biete.

Der Herr *Minister* erklärte, die deutsche Auffassung stehe nicht im Widerspruch dazu, jedoch aus praktischen Gründen gebe es gewisse Einwände. Er sei der Meinung, zwischen ihnen beiden könne man sicherlich zu einer Einigung gelangen.

Auf die Frage nach der Erdölversorgung in der Bundesrepublik führte der Herr Minister aus, daß der bisherige Versorgungsrückgang um 15 v. H. durch die jetzt getroffenen Maßnahmen<sup>16</sup> habe aufgefangen werden können. Bedauerlicherweise habe eine gewisse Hysterie zu einigen zum Teil kuriosen Hortungskäufen geführt, aber zu Beginn des kommenden Jahres werde sich die Lage sicher einigermaßen normalisiert haben. Eine spezifische Schwierigkeit ergebe sich daraus, daß die deutsche Versorgung über Rotterdam laufe.<sup>17</sup>

<sup>14</sup> Vgl. dazu Teil II B des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963; Dok. 201, Anm. 5.

<sup>15</sup> Zum Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den USA über den Abschluß eines neuen Devisenausgleichsabkommens vgl. Dok. 362.

<sup>16</sup> Zu den Maßnahmen der Bundesregierung zur Sicherung der Energieversorgung vgl. Dok. 390, Anm. 15-17.

<sup>17</sup> Zu dem gegen die Niederlande verhängten Ölboykott vgl. Dok. 345.

Minister *Jobert* erklärte, in Frankreich hätten sich die Einzelkäufer bereits jetzt im November für den Winter versorgt, so daß auch hier allmählich eine Beruhigung eintrete. Am Abend werde er die aus Kopenhagen anreisenden Minister Yamani und Abdessalam empfangen.<sup>18</sup> Er habe darauf gedrungen, daß auch Präsident Pompidou sie empfange. Seines Erachtens müsse ihnen eindrücklich erklärt werden, daß Europa nicht Opfer der derzeitigen Situation werden dürfe.

Der Herr *Minister* erinnerte an das Interview, in dem Minister Yamani Außenminister Kissinger wegen seiner Äußerung über mögliche Gegenmaßnahmen unter Einschluß der Gewalt scharf angegriffen habe.

Jedenfalls sei es wichtig, die Öffentlichkeit, in der die Diskussion über dieses Thema hohe Wellen geschlagen habe, auf die zukünftige Entwicklung vorzubereiten; der Bundeskanzler werde sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung wenden.

Minister *Jobert* warf dann die Frage der europäischen Transportverordnung<sup>19</sup> auf und gab dem Wunsche Ausdruck, daß eine Einigung über die anstehenden Fragen (höchstzulässiger Achsdruck und Tonnagen) auch mit den drei neuen EG-Mitgliedern bald zustandekommen möge. Der Herr *Minister* stimmte dem zu und ergänzte, daß Transportfragen zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden ohnehin oft ein wunder Punkt seien. Jüngster Anlaß für deutsch-niederländische Schwierigkeiten hätte sich aus der EG-Erklärung zum Nahen Osten<sup>20</sup> ergeben. Er (Scheel) habe diese Erklärung immer verteidigt, selbst auf dem Parteitag der Liberalen<sup>21</sup>, was nicht immer einfach gewesen sei. Die israelische Regierung habe diese Haltung verstanden, wenngleich sie dies nicht ausdrücklich gesagt habe. Verständlicherweise habe Abba Eban in der Times veröffentlichte Äußerungen<sup>22</sup> erwähnt, die israelische Regierung jedoch habe

<sup>18</sup> Zum Aufenthalt des algerischen Industrie- und Energieministers Abdessalam und des saudi-arabischen Erdöiministers Yamani vom 24. bis 28. November 1973 in Frankreich vgl. Dok. 390, Anm. 12.

<sup>19</sup> Auf der EG-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1972 in Brüssel wurden Leitlinien hinsichtlich der Harmonisierung der Gewichte und Abmessungen von Nutzfahrzeugen in der Europäischen Gemeinschaft vorgeschlagen. Die Regelung sollte zum 1. Januar 1980 in Kraft treten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7/1972, S. 74.

Am 22. November 1973 erörterte der EG-Ministerrat erneut „den Vorschlag zum Erlaß einer Richtlinie über die Gewichte und Abmessungen der Nutzfahrzeuge und ergänzende Bau- und Betriebsvorschriften. Da bei einigen Mitgliedstaaten Schwierigkeiten bezüglich einiger Hauptmerkmale für Gewichte und Abmessungen der Nutzkraftfahrzeuge fortbestehen, konnte eine Einigung über diese Fragen nicht erzielt werden.“ Vgl. BULLETIN DER EG 11/1973, S. 69 f.

<sup>20</sup> Für die Nahost-Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 6. November 1973 vgl. Dok. 363, Anm. 3.

<sup>21</sup> Auf dem 24. Bundesparteitag der FDP vom 12. bis 14. November 1973 in Wiesbaden führte Bundesminister Scheel aus: „Wenn wir in der Deklaration der Neun und in einer politischen Linie der Bundesregierung zu Nahost Stellung genommen haben, dann immer unter dem Gesichtspunkt, alles zu tun, damit Israel in gesicherten Grenzen leben kann und einen dauerhaften Frieden erhalten kann, der international garantiert ist, damit endlich diese Ungewißheit von diesem Volk genommen wird, das Jahrzehntelang in der panischen Angst gelebt hat, es würde von irgendwoher mit kriegerischen Mitteln überfallen und möglicherweise zerstört werden.“ Vgl. Archiv des Liberalismus, Signatur: A 1 – 496, Bestand Bundesparteitage, Blatt 25f.

<sup>22</sup> Zur Berichterstattung in der britischen Presse über die Nahost-Erklärung vom 6. November 1973 sowie über Stellungnahmen von Außenministern der EG-Mitgliedstaaten zur Erklärung vgl. die Artikel „EEC takes united stand on Middle East peace“ und „Israelis dismayed by statement's hint of concession to Arabs“, THE TIMES vom 7. November 1973, S. 8.

keine Demarche gegen die Erklärung unternommen. Die Erklärung der Neun sei im übrigen auch in der Abschlußresolution seines Parteitages wieder aufgenommen worden.<sup>23</sup>

Minister *Jobert* fragte, inwieweit diese Erklärung die deutsche Position auch bezüglich des approche globale et équilibré<sup>24</sup> festlege, denn in dem Zusammenhang gebe es Probleme mit der Landwirtschaft.

Der Herr *Minister* erwiederte, er sei der Auffassung, daß man bezüglich des approche globale in den Bemühungen fortfahren müsse, um zu Resultaten zu gelangen.

Minister *Jobert* fügte hinzu, im Grunde müßten solche Resultate noch bis Ende des Jahres auf dem Tisch liegen. Minister *Giscard d'Estaing* habe ihm vorgeschlagen, gegenüber seinen Kollegen, den Außenministern, anzuregen, noch vor Ende dieses Jahres eine gemeinsame Sitzung über multilaterale Handelsabkommen abzuhalten. Er habe jedoch geantwortet, daß dies nicht notwendigerweise noch vor Ende dieses Jahres erfolgen müsse und daß er auch nicht sicher sei, ob seine Kollegen dieser Anregung folgen würden; er habe Minister *Giscard* daran erinnert, daß er in der Vorbereitung der Konferenz von Tokio<sup>25</sup> auch die sehr präzise Haltung von Minister *Giscard* vertreten habe, diese aber nicht vollkommen übernommen worden sei.

Der Herr *Minister* erwähnte, daß es in Tokio ja dann zu einem deutsch-französischen Kompromißvorschlag gekommen sei, der von den Amerikanern unterstützt wurde.<sup>26</sup> Er sei der Meinung, daß man im Hinblick auf GATT-Regelun-

23 Im Beschuß zur „Lage im Nahen Osten“ des 24. Bundesparteitages der FDP vom 12. bis 14. November 1973 in Wiesbaden wurde festgestellt: „Der Bundesparteitag begrüßt die Erklärung des Bundesvorsitzenden der FDP zum Nahost-Konflikt vom 12.11.1973. [...] Der Bundesparteitag gibt – ausgehend von der Erklärung der Außenminister der EG vom 6.11.73 – seiner Hoffnung Ausdruck, daß es nach der ersten Vereinbarung zwischen Israel und Ägypten vom 1.11.1973 stufenweise zu einem dauerhaften, für alle Seiten tragfähigen Frieden kommen wird.“ Vgl. Archiv des Liberalismus, Signatur: A 1 – 480, Bestand Bundesparteitage, Blatt 22.

24 Vgl. dazu Ziffer 11 der Erklärung der europäischen Gipfelkonferenz am 19./20. Oktober 1972 in Paris; Dok. 205, Anm. 6.

25 Vom 12. bis 14. September 1973 fand in Tokio die Ministerkonferenz zur Eröffnung der GATT-Verhandlungsrunde statt. Vgl. dazu Dok. 377, Anm. 11.

26 In der Vorbereitungsphase zur GATT-Ministerkonferenz vom 12. bis 14. September 1973 in Tokio war hinsichtlich einer zu verabschiedenden Erklärung der Passus über den Zusammenhang zwischen Handelsverhandlungen und Währungsreform noch umstritten. Die Europäischen Gemeinschaften vertraten den Standpunkt, „daß die Politik der schrittweisen Liberalisierung des Welthandels ohne Bemühungen um eine Währungsreform nicht fortgeführt werden könnte. Die amerikanische Delegation hielt sich dagegen an eine Formulierung, die allgemein sozusagen ‚symmetrisch‘ war, daß nämlich die Versuche zur Reform des Währungssystems Bemühungen voraussetzen, um den Handel zu liberalisieren und somit den Anpassungsprozeß zu erleichtern.“ Schließlich gelang es, einen Kompromißtext zu erarbeiten. Vgl. BULLETIN DER EG 9/1973, S. 8. In Ziffer 7 der Erklärung der GATT-Ministerkonferenz hieß es: „Die Politik der Liberalisierung des Welthandels kann nicht erfolgreich durchgeführt werden, wenn nicht parallel dazu Bemühungen um die Errichtung eines Währungssystems unternommen werden, welches die Weltwirtschaft vor den Erschütterungen und Ungleichgewichten schützt, die sie in jüngster Zeit erlebt hat. Die Minister werden nicht außer acht lassen, daß die Bemühungen, die auf dem Gebiet des Handels unternommen werden, kontinuierliche Bemühungen um die Aufrechterhaltung geordneter Verhältnisse und um die Errichtung eines dauerhaften und gerechten Währungssystems voraussetzen. Die Minister erkennen ferner an, daß die neue Stufe der Liberalisierung des Handels, die sie verwirklichen möchten, das geordnete Funktionieren des Währungssystems fördern sollte.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 542.

gen und die Folgearbeiten der Sitzung von Tokio noch bis gegen Mitte 1974 Zeit habe. Dem stimmte Minister Jobert zu.

Das Gespräch wandte sich dann dem bevorstehenden Gipfeltreffen in Kopenhagen<sup>27</sup> zu. Hierzu führte Minister *Jobert* aus, der französische Präsident habe keine feste Tagesordnung im Sinn. Es gelte sozusagen das Schlüsselwort der Kreativität. Der Präsident wolle ausloten, inwieweit seine Partner die europäische Union wollten, den Grad an Enthusiasmus ermessen. Er erwarte keine Entscheidungen, sondern eine Darlegung der Absichten.

Der Herr *Minister* erklärte, daß ihn diese Konzeption unter anderem deswegen interessiere, weil er als der ab Januar amtierende Ratspräsident die Entscheidungen oder Vorschläge oder Orientierungen der Regierungschefs dann werde durchführen müssen.

Abschließend erwähnte Minister *Jobert*, daß für die Französische Botschaft in Ostberlin noch immer kein Gebäude gefunden sei. Allerdings sei Außenminister Winzer wohl nicht ganz davon überzeugt, daß nicht hinter dem französischen Zögern doch eine deutsch-französische Absprache stecke. In der vergangenen Woche habe er den Besuch des bulgarischen Botschafters<sup>28</sup> empfangen, der sich in dieser Angelegenheit vermittelnd habe einschalten wollen. Er habe erklärt, man könne Herrn Winzer bestellen, daß 48 Stunden nach Zurverfügungstellung des Gebäudes die Botschaft eröffnet sein werde. Dennoch könne er sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, daß man all seine Äußerungen nur für ein taktisches Spiel halte.

Der Herr *Minister* betonte erneut, daß die Bundesregierung keinerlei Einwendung gegen die sofortige Eröffnung der Französischen Botschaft erhöbe. Daselbe habe er auch den Briten gegenüber erklärt.

Das Gespräch endete um 13.00 Uhr.

**VS-Bd. 14054 (Ministerbüro)**

<sup>27</sup> Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 14./15. Dezember 1973 vgl. Dok. 422.

<sup>28</sup> Iwan Budinow.